

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verdichter: Amt IV, Nr. 1984.

Donnerstag, den 17. Dezember 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verdichter: Amt IV, Nr. 1984.

Die Brausteuer.

II.

Die neue Steuerborlage will „aufs Ganze gehen“. Sydow beweist in der Begründung der Vorlage, daß er sich ja nie mit Kleinigkeiten abgegeben habe, und wie er beim Branntwein gründlich in die Taschen der andern greife, er auch beim Bier dieselben ehrenwerten Grundsätze walten lassen wolle. „Es wird eine gewisse Gleichmäßigkeit der Belastung angestrebt“, nämlich insofern, daß er das Bier nach seinem Alkoholgehalt wie den Schnaps besteuern will. Ein ganz verkehrter Grundsatz, wie ihn nur ein von keines sozialpolitischen Gedankens Blässe angekränkelter Steuerexperte austüpfeln kann. Daß das Bier der wirksamste Konkurrent des Schnapses ist, dort wo eben der „Zwang der Lebensbedingungen“ zum Alkoholgenuss treibt, das schert einen Sydow wenig. Er nimmt den Rechenstift und kalkuliert, daß wenn ein Hektoliter Alkohol 110 M. Steuer bringt, der Doppelgintner Maß mit 17 M. 60 Pf. statt, wie bisher, mit durchschnittlich 7 M. 11 Pf. belastet werden kann, so daß auf das Hektoliter untergäriges Bier statt wie bisher 1 M. 78 Pf. nun 4 M. 30 Pf. kommen würden. Das ist eine Steuererhöhung von rund 250 Prozent! Die Belastung des Liters Bier wird dadurch von 1 1/2 auf 4 1/2 Pfennig erhöht, also um 2 1/2 Pfennig. Allerdings nur soweit der Märker Steuern reißt, das heißt soweit sich das Gebot der unter den Pittischen des Preußenadlers zusammengedrängten Staaten des norddeutschen Brausteuergebictes erstreckt. Neben diesem, für das allein der Reichstag Gesetze machen kann, bestehen — wenigstens vorläufig noch — als Sonder-Steuergebiete für Bier: Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen. Und vorläufig sind dort die Biersteuern höher als im norddeutschen Brausteuergebict, sie betragen durchschnittlich für den Hektoliter Bier in Bayern 2 M. 78 Pf., in Württemberg 2 M. 44 Pf., in Baden 2 M. 80 Pf., in Elsaß-Lothringen 2 M. 30 Pf. Herr Sydow holt sich aus dieser seit 1841 bestehenden höheren Besteuerung im Süden einen Vorwand für seine Pläne im Norden. „Wenn man“, sagt er, „im Jahre 1841 die Besteuerungsfähigkeit des Bieres schon so hoch einschätzte, so muß sie jetzt nach einem Zeitraum von 67 Jahren, in dem sich eine gewaltige Wendung in den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands vollzogen hat, in dem der Wohlstand aller Klassen der Bevölkerung gewachsen ist, der Geldwert sich vermindert hat, ohne Zweifel erheblich höher eingeschätzt werden können“.

Dieses angebliche Wachsen des Wohlstandes aller Klassen muß bei allen Steuererschöpfungen herhalten, obwohl gerade weil der Geldwert sich vermindert und der Preis aller Bedürfnisse sich erhöht hat, die Lohn erhöhungen nicht eine entsprechende Steigerung des Wohlstandes bedeuten. Aber das sieht Sydow nichts an. Für ihn ist die Hauptsache, daß im Süden das Bier höher besteuert ist und dies benutzt er, um es noch höher zu besteuern, nicht auf höchstens 2 1/2 Pf. pro Liter wie in Bayern und Baden, sondern auf 4 1/2 Pf. Und Elsaß-Lothringen wird nun in die norddeutsche Brausteuergemeinschaft hineinbezogen, seine Biersteuer also sofort gesteigert. Damit nun aber nicht das minder besteuerte bayerische, badische und württembergische Bier noch mehr als bisher seinen Weg nach dem Norden findet, wird die Uebergangsabgabe von 2,75 M. auf fünf Mark erhöht, also bei uns auch das bayerische Bier entsprechend teurer werden. Ja, selbst die armfellige Hausstrunkbereitung, die bisher bei uns steuerfrei war, wird nun der Steuer unterworfen. Es werden davon hauptsächlich Schleswig-Holstein und Mecklenburg getroffen, in denen noch heute die Sitte der Hausstrunkbereitung sehr verbreitet ist.

„Die verbündeten Regierungen“, sagt Herr Sydow, „sind der Auffassung, daß eine derartige Mehrbelastung nicht als übertrieben angesehen werden kann“. Gewiß ein ausreichender Trost für die dem Ruin entgegengetriebenen Gastwirte und Brauereien wie für die auszuplündernden Steuerzahler!

Daß die Steuer so wie bisher nach unten niedriger gestuft wird, damit die kleinsten und kleinen Brauereien verhältnismäßig weniger zu zahlen haben, wird am Endresultat ihres Bankrotts nichts ändern. Wir haben ja schon oben auf die lächerlich geringe Zahl dieser Kleinen hingewiesen. Sie produzieren einen Tropfen gegenüber dem Meer von Bier, das eine einzige große Brauerei erzeugt. Und da die Großen schon infolge ihrer massiven Einrichtungen die Produktion nicht einschränken können, der Verbrauch ihrer Kundenschaft aber infolge der Erhöhung der Steuer und damit des Bierpreises zurückgehen wird, so ist die naturgemäße Folge, daß diese Kleinbetriebe mit ihrem Millionenkapital noch mehr wie bisher auf den Kundenjag ausgehen werden zum Schaden der Kleinen. Denn schon jetzt gehört ja der Erwerb von Kundenschaft für eine Brauerei zu den kostspieligsten Geschäften!

Selbständige Gastwirte gibt es nur noch sehr wenige, die überwiegende Mehrzahl sind Hörige der Brauereien. Rikete, Einrichtung, Ware, ja für die erste Zeit nach der Geschäftseröffnung auch noch bare Zuschüsse, alles liefert die

Brauerei auf Kredit — natürlich gegen entsprechend hohe Verzinsung, so daß die meisten Gastwirte sehr wenig Ueberflüsse aus ihren Betrieben erzielen, den Löwenanteil schluckt die Aktiengesellschaft. Es ist selbstverständlich, daß diese, sobald die Steuererhöhung ihre Dividende beeinträchtigt, zunächst die Gastwirte noch mehr drücken, die Verzinsung der Restkapitalien respektive den Preis des Bieres noch höher wie bisher vorschreiben werden! Eine Vernichtung der letzten Reste von Selbständigkeit unter den Gastwirten und Ruinierung tausender schon in Schuldnechtschaft befindlicher wird die Folge sein. Das Großkapital wird auch hierbei nicht Nachteil, sondern Vorteil finden, indem es, von der Konkurrenz kleiner und mittlerer Brauereien befreit, sich entweder auf das Staatsmonopol mit der üblichen überreichlichen Absingung vorbereitet oder es schreitet zur Trustbildung, zum Ring der Großbrauereien, die den Markt unumschränkt beherrschen und Zwischenhändler wie Publikum unumschränkt ausbeuten — wie es ja in den Vereinigten Staaten bereits der Fall ist.

Die Vorlage weist darauf hin, daß das deutsche Volk für seinen Biergenuss jährlich 2 1/2 Milliarden Mark oder rund 36 Mark auf den Kopf der Bevölkerung jährlich verausgabt, auf denen zurzeit „nur“ 122 Millionen Mark, also etwas über 5 Proz. Steuern liegen, im norddeutschen Brausteuergebict sogar „nur“ 4 Proz.! Durch die neue Schröpfung würde diese Steuer auf 9—10 Proz. gesteigert werden. Da wären wir ja glücklich wieder beim alten Zehnten angelangt! Und wenn die nächste Marinevorlage kommt, wird ein neuer Zehnten begonnen werden. Dieselben Gründe, die für die jetzige Steuererhöhung gelten sollen, können für jede Steigerung benutzt werden, nicht weil sie so sich haltig sind, sondern wenn sie sich das Volk gefallen läßt! Und bei diesem Reichstag kann Herr Sydow auf die Kosten kommen — den bierfreundigen Kurwählern von 1907 aber wird der Appetit gründlich vergehen!

Die Budgetabstimmung in Oesterreich.

Von der Tatsache, daß unsere österreichischen Genossen für die dringliche Veratung des Budgetprovisoriums gestimmt haben, machen die bürgerlichen Blätter und besonders die liberalen, viel Aufhebens. Bei den Volkfreisinnigen ist das Motiv klar. Sie wollen die Sage, daß nur die prinzipielle Politik der Sozialdemokratie daran Schuld trage, daß der Freisinn seine Prinzipien verkauft und verraten hat, wieder aufreischen, wobei ihnen nur das kleine Uebersehen gefiehet, daß die österreichische Sozialdemokratie, wie wir neidlos gestehen müssen, in der Rücksichtslosigkeit ihres Kampfes gegen die österreichischen Spielarten des Volkfreisinnes auch von und nicht übertroffen wird. Wenn aber auch die bürgerlich-demokratischen Organe in dasselbe Horn tuten, so beweisen sie nicht nur ihre Unzulänglichkeit über deutsche Politik, sondern auch ihre völlige Unkenntnis der österreichischen Verhältnisse. Zunächst muß noch einmal festgesetzt werden, daß die österreichischen Sozialdemokraten gestern gegen das Budgetprovisorium gestimmt haben, genau aus denselben Gründen, weshalb die deutsche Sozialdemokratie den Etat ablehnt. Die Abstimmung für die Dringlichkeit bedeutete nichts anderes, als die Zustimmung dazu, daß das Budgetprovisorium überhaupt auf die Tagesordnung gelangt. Sobald es einmal auf der Tagesordnung stand, haben die Sozialdemokraten es abgelehnt. Daß es auf die Tagesordnung gelangte, war aber kein Interesse der Regierung, die sich das Budget mittelst des § 14 schon selbst bewilligt hätte, sondern ein Interesse des Parlaments, der Autorität des gleichen Stimmrechts und der Partei, die dieses Recht der Arbeiterklasse errungen hat. Zu behaupten, die Abstimmung wäre ein Dienst für die Regierung gewesen, ist genau das Gegenteil der Wahrheit. Diese Abstimmung bedeutete vielmehr, daß der Regierung die Bewegungsfreiheit, die der § 14 gewährt, genommen wird. Das Bemühen, einen Gegensatz zwischen der Haltung der österreichischen und der deutschen Sozialdemokratie zu konstruieren, scheitert also an der Wirklichkeit. Und nur wenn die Tatsachen falsch dargestellt werden, wenn man die Abstimmung für eine Tagesordnung in eine Bewilligung des Budgets, das Eintreten für das Recht der Volksvertretung in eine Gefälligkeit für die Regierung umlagert, kann man den falschen Schein erwecken, an dem sich die bürgerlichen Zeitungen so sehr ergötzen. In dem Artikel, in dem die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ die Abstimmung ankündigt, heißt es darüber:

„Mit der Bewilligung des Budgetprovisoriums selbst hat die Frage nach der Mehrheit für die dringliche Verhandlung, also auch die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag, einschneidendste gar nichts zu schaffen; nichts wäre also verfehler, als die Abstimmung für die Dringlichkeit etwa mit der Abstimmung über das Budgetprovisorium zu verwechseln, nichts so verlogen, als diese Abstimmung für das Parlament in eine Abstimmung für die Regierung umzulügen. Wie steht die Sache? Ein Parlament verhandelt im Wege der Tagesordnung; die Frage, was zur Verhandlung kommen soll, ist in normalen Parlamenten, in allen also mit Ausnahme leider des österreichischen Abgeordnetenhauses, die simple Frage, was auf die Tagesordnung gestellt werden soll. Deshalb kann die Frage, ob das Budget zur Verhandlung gelangen soll, in normalen Parlamenten überhaupt nie eine „Frage“ sein; sie ist überall das, was sich von selbst versteht, was also einer Ansetzung nicht unterliegt. Denn in einem normalen Parlament wird die Verhandlung des Budgets, selbst in der Haltung seiner vorläufigen Bestimmung, also des Budgetprovisoriums, nicht nur als die selbst-

verständliche Pflicht, sie wird vor allem als das eigentliche Parlamentsrecht erachtet. Daß das Parlament das Budget verhandelt, will also in normalen Parlamenten nicht bloß die Regierung, will auch nicht bloß die Parlamentsmehrheit, das will überall das Haus selbst, und nirgendwo, außer eben in obstruierten Parlamenten, setzt die Opposition der Budgetberatung Widerstand entgegen. Wie wäre es nun in Oesterreich, wenn wir normale Verhältnisse hätten? Der Präsident würde einfach vorschlagen, die betreffende Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen; würde nun gegen diesen Vorschlag, der nichts begeden würde, als dem Hause die Wahrung seiner parlamentarischen Rechte zu sichern, jemand einen Einspruch erheben und würde diese Frage gar zu einer Vertrauensfrage, zu einer Frage des Vertrauens für die Regierung, werden können? Selbstverständlich nicht; denn darüber, ob man einer Regierung die Ermächtigung geben soll, die Steuern einzubehalten zu dürfen und die Verwaltung des Staates zu versehen, was eben die Vertrauensfrage ist, die im Budget steht, entscheidet die Abstimmung über das Budget; nicht die Abstimmung, ob über das Budget abgestimmt werden darf — was eben die Frage ist, ob es auf die Tagesordnung gesetzt werden soll oder, wie es sich durch den Juang der Dringlichkeitsanträge ergibt, ob es vor den Dringlichkeitsanträgen verhandelt werden darf. Daß die sozialdemokratischen Abgeordneten der Regierung nicht ein Atom jenes Vertrauens schenken, das zu der Bewilligung eines Budgets, das sie durchzuführen soll, notwendig wäre, ist selbstverständlich und bedarf keiner Bestätigung; sie werden ihrem so berechtigten und nötigen Mißtrauen durch die Ablehnung dieser Ermächtigung auch deutlich Ausdruck geben. Aber daran mitzuhelfen, daß die Erledigung des Budgets verhindert werde, ob diese Erledigung nun eine Genehmigung oder Ablehnung zum Ergebnis haben wird, hieße nicht weniger, als zu verhindern, daß das Parlament seine parlamentarische wichtigste Aufgabe zuzunehmen bringe, zu verhindern also, daß es seine Funktion ausübt; hieße nicht weniger, als seine Arbeitsunfähigkeit herbeizuführen und so zu deklarieren, daß für seine Existenz die schwerste Gefahr heraufbeschworen wird. Wohlgerichtet: für das Leben des Parlaments an sich. Das Hebel, daß das Leben des gegenwärtigen Hauses bewahrt werden könne, wäre zwar, angesichts der überragenden Aufgaben, die vor ihm insbesondere in der Sozialversicherung stehen, auch nicht gering; zumal da sich durch die auch nur zeitweilige Ausschaltung des Parlaments die Kriegsgesahr, die uns das Anreizabenteuer bedroht, bei erschrecklich steigender Würde; aber das ist dabei das Entscheidende nicht. Entscheidend ist, daß die Unterbindung der Arbeitsfähigkeit des Hauses das allgemeine Wahlrecht selbst kompromittieren würde, die dauernde Grundlage des österreichischen Parlaments, welche eben das Wahlsystem ist, so gestalten müßte, daß diese Beeinträchtigung auch jedes künftige Parlament verführen und erblinden würde. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht muß die Arbeitsfähigkeit des Hauses sichern: das ist die Bedingung, die es vor jeder Zweiflung sichert und die ihm die über allen Wirnissen der Tagespolitik stehende Bedeutung verleiht. Die Sozialdemokraten werden ihren Kampf für das demokratische Wahlrecht, diesen Kampf so unermeßlich reich an Opfern, nicht unterwerfen, indem sie seine Furd, das Volkshaus, zerstören lassen oder zerstören helfen.

Und nun mögen und die bürgerlichen Organe sagen, wann in Deutschland je eine ähnliche Situation geherrscht hätte, in diesem Lande, wo alle bürgerlichen Parteien lieber zehnmal ihre Prinzipien dem Absolutismus der Regierung zum Opfer bringen, bevor sie auch nur ein einziges Mal den Kampf für die Rechte des Volkes an der Seite der Sozialdemokratie führen würden.

Die Verurteilung Wassiliews.

Der „N. Zürh. Ztg.“ wird aus Pensa über die am 12. Dezember gegen Wassiliew geführte Gerichtsverhandlung berichtet:

Pensa, 12. Dezember. Den Vorsitz des ersten Gerichtshofes im Falle Wassiliew führt der erste Präsident des Appellationshofes von Saratow, Lichobitschew. Wassiliew wird von zwei Advokaten verteidigt, deren einer Rechtsanwalt Mandelstamm von Moskau ist. Von der Verteidigung wurde Präsident Agapow, die mit dem Angeklagten in der Schweiz zusammenlebte, als Zeugin zitiert. Wassiliew wurde gefesselt und unter starker Bedeckung in den Verhandlungssaal geführt. Bei Eröffnung der Verhandlungen betreibt die Verteidigung die Kompetenz des Appellationsgerichts, das sich aus Kronrichtern, Vertretern der Stände und Bauern zusammensetzt; zuständig sei das Schwurgericht. Der Appellationshof erklärte sich für zuständig. Wassiliew bekennt, einen ihm von seiner Partei erteilten Auftrag ausgeführt zu haben; er berichtet über seine Tugend, ohne dabei seine Komplizen zu nennen und bezeichnet den Ort, wo er die Grenze überschritten. Zeugin Agapow sagt aus, daß der Angeklagte geistig nicht normal sei, wogegen fünf Experten Wassiliew als für geistig normal erklären und seine Tat als im vollen Bewußtsein vollbracht betrachten.

Um 9 Uhr abends wurden die Verhandlungen nach einer Pause wieder aufgenommen. In halbständiger Rede hielt der Staatsanwalt die Anklage aufrecht. Verteidiger Mandelstamm bestand darauf, daß der Angeklagte zur Beobachtung seines Geisteszustandes in einer Irrenanstalt untergebracht werde. Nach halbständiger Beratung verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten Wassiliew zu zehn Jahren Arbeitshaus und zum Verlust aller Ständerechte.

Zehn Jahre Arbeitshaus! Diese furchtbare Strafe ist das Urteil des Ausnahmegerichts, das die russische Regierung einfach als „ordentliches Gericht“ etikettiert. Das ordentliche Gericht wäre das Schwurgericht gewesen und dieses würde Wassiliew nach Lage der Dinge wahrscheinlich freigesprochen haben.

Die Inertions-Gebühr beträgt für die hochgradigste Kolonelle ober deren Raum 60 Wg. für politische und gesellschaftliche Beredsamkeit und Beredsamungs-Angelegen 20 Wg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stills gedruckte) Wort 20 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Stellen-Angelegen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Verlegungs-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Jetzt Jahre Arbeitshaus in Russland sind gleichbedeutend mit einem Todesurteil und es ist die Sämerei, die diese Schmach auf sich geladen hat. Die sieben Bundesdecker in Sarajevo haben mit der Auslieferung Bassiliens den russischen Heerern und Freiheitskämpfern einen schmachvollen Vorkriegsdienst erwiesen, für den ihnen die Beurteilung durch die Freiheitskämpfer aller Länder gesichert ist.

Die französischen Legionäre.

Die Defektion der algerischen Fremdenlegionäre hat mit der Gefangenennahme der Unglücklichen geendet, die jetzt dem harten Spruch des Kriegsgerichts entgegensehen. Die Dual des Soldatenlebens wird durch den Dienst in den Kolonien noch gesteigert und die Disziplin bei den Kolonialtruppen ist noch unverträglich mit der Menschenwürde als in regulären Armeen. Ist also diese Pflicht psychologisch leicht zu begreifen, so verdient sie schon deshalb, weil sie nicht die Tat des einzelnen war, sondern unter den Befehlen der Waffenpsychologie stand, mildere Beurteilung, als sie die furchtbaren Kriegsthaten lauzen. Unsere französischen Genossen, die von jeder das Institut der Fremdenlegion bekämpft haben, werden sicher mit aller Energie in der französischen Kammer, dem zuständigen Forum, dafür einwirken, daß die Flüchtlinge eine milde Beurteilung erfahren.

Wir aber möchten mit allem Nachdruck betonen, daß diese Angelegenheit, die früher wieder ein helles Licht auf die Gruesel des Militarismus im allgemeinen und auf den Kolonialmilitarismus im besonderen wirft, im übrigen eine rein französische Angelegenheit ist und deutsche Interessen keineswegs berührt. Deshalb muß auf das schärfste protestiert werden gegen eine ganz unpassende Provokation, zu der der „Tag“ den Vorfall ausnützt, indem er die Forderung aufstellt, den „Fremdenlegionskandal“ auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz zu setzen. Wir denken, wir haben an dem Zwischenfall von Casablanca, der uns hart an den Abgrund des Krieges vorbeiführt, wahrhaftig genug gehabt. Die französischen Blätter weisen den Vorfall, wie es uns scheint, mit, und doch etwas überflüssiger Vereiztheit zurück. Ueberflüssig, weil wir uns nicht denken können, daß irgendein an verantwortlicher Stelle stehender den dummen Vorschlag ernstnehmen könnte. Aber leider muß zugegeben werden, daß an der Vereiztheit der französischen Blätter auch die Haltung der deutschen Regierung nicht ganz unschuldig ist. Wenn es Scheidemann hat am 5. Dezember in seiner Eintrede auch die Angelegenheit der Defektoren von Casablanca berührt und darauf hingewiesen, daß ein „Verein gegen die Fremdenlegion“ bestehe, deren Werk die Defektionsgeschichte sei. Er wies darauf hin, daß der deutsche Konsul in Casablanca sich als Werkzeug eines Herrn Sieberd mißbrauchen ließ, der sechs Legionäre, darunter zwei Deutsche, zur Flucht verleitete. Fürst Bälou antwortete nach seiner leistungsfähigen Art mit einem verunglückten Witz, ohne jedoch, wie es seine Pflicht gewesen wäre, zu erklären, daß antislavische Organe sich zu solchen Diensten absolut nicht gebrauchen lassen dürfen. Jetzt räth sich diese Unterlassung. Die französischen Blätter behaupten, daß es sich um ein sorgfältig vorbereitetes Komplott handele. Die Defektoren seien vorwiegend Deutsche; ihr Führer sei ein ehemaliger bayerischer Offizier. Daraus wird dann der Schluß gezogen, daß die Flucht von der deutschen Defektionsagentur angestiftet worden sei.

Wir hatten es deshalb für hoch an der Zeit, daß die deutsche Regierung endlich das Verdrüßte nachholt und mit aller Umsicht erklärt, daß sie dem gewissenlosen Treiben dieser Agentur völlig fernsteht, ihr Vorgehen verurteilt und nicht daran denkt, sich in rein französische Angelegenheiten irgendwie einzumischen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Dezember 1908.

Die Tätigkeit des Reichsverbandes.

Am Sonnabend hat hier in Berlin der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie unter dem Vorsitz seines großen Strategen, des Reichstagsabgeordneten v. Liebert, seine ordentliche Ausschusssitzung

Die Fremdenlegion.

Stand schon die Fremdenlegion bei dem lächerlichen Fall der Casablanca-Affäre im Mittelpunkt des Interesses, so hat die Waffendefektion in Algerien die Aufmerksamkeit unverweilend auf diese Soldner gelenkt. Es mag deshalb angebracht sein, die Zustände, welche in dieser Institution des französischen Kolonialmilitarismus herrschen, wahrheitsgemäß zu schildern und vor allem auf den engen Zusammenhang hinzuweisen, der zwischen der französischen Fremdenlegion und dem deutschen Militarismus und der preussisch-deutschen reaktionären Regierungspraxis besteht. Daß wir als prinzipielle Gegner des Militarismus überhaupt und des doppelbrunnigen Kolonialmilitarismus im besonderen, eine Institution wie die französische Fremdenlegion auf das entschiedenste verdammen und einen jeden davor warnen, bei dieser Truppe einzutreten, versteht sich von selbst und braucht an dieser Stelle wohl kaum besonders betont zu werden.

Der Zwischenfall von Casablanca bestand bekanntlich darin, daß einige deutsche Defektoren der Fremdenlegion sich in den Schutze des deutschen Konsulats geflüchtet hatten und unter dem Geleit deutscher Konsulatsbeamten auf ein deutsches Schiff gebracht werden sollten, um in die Heimat befreit zu werden. Auf dem Wege zum Hafen wurden Beamte und Defektoren von französischen Offizieren und Soldaten festgehalten, angeblich mißhandelt, die Defektoren dann von der französischen Militärbehörde in Gewahrsam genommen. Auf die völkerrechtlichen Fragen, die dieser Vorfall angeregt hat, soll hier nicht näher eingegangen werden, man darf aber wohl annehmen, daß die deutschen Konsulatsbeamten sowohl wie die französischen Militärbehörden sich zu ihrem Vorgehen vollständig berechtigt glaubten. Interessant wurde die Angelegenheit erst, als ein Herr Ohle in Köln in der deutschen Presse der stammenden Welt verkündete, daß der Vorfall in Casablanca ein Werk des deutschen Vereins gegen die Fremdenlegion gewesen sei und daß dieser Verein regelrechte Defektionsagenturen in den maroccanischen Standorten der Fremdenlegion unterhalte, vor allem aber, daß der deutsche Soldat in Casablanca völlig im Recht gewesen sei. Nachträglich wurde dann noch bekannt, daß ein Journalist Sieberd in Casablanca bei den Defektoren von Fremdenlegionären seine Hand im Spiele gehabt habe. Die deutsche offizielle und halboffizielle Presse beehrte sich, nachdrücklich zu versichern, daß die deutsche Regierung mit dem Treiben dieses Vereins nicht das mindeste zu tun habe, sie mußte aber zugeben, daß dergleichen Defektionsagenturen tatsächlich zu bestehen „scheinen“.

Was dem sein wie ihm wolle, jedenfalls verlobt es sich, die Version eines Herrn Ohle einmal näher ins Auge zu fassen, der sich selbstbewußt als erster Verfügender des Deutschen Vereins gegen die Fremdenlegion vorstellt, eines Vereins, von dessen Bestehen wohl nicht viel Deutsche bis zur Affäre von Casablanca eine Ahnung

abgehalten, in der der Geschäftsführer Dr. Vobenschen den Geschäftsbericht erstattete. Der Reichsverband lebt von der Klamme. Er sucht seinen Geldgebern bei jeder Gelegenheit zu beweisen, wie nützlich und wohlgeleitet, billig und segensreich sein Wirken ist. Es ist deshalb von seinen Geschäftsberichten immer eine starke Portion Schönfärberei abzugehen; immertin bleibt auch dann noch der Bericht ein instruktives Altesstück.

Nach den Angaben des Herrn Vobenschen hat der Reichsverband es im Jahre 1908 auf annähernd 190 000 Mitglieder gebracht, 16 004 mehr, als er im Jahre vorher zählte, und die Zahl seiner Ortsgruppen und Samselzellen ist von 451 auf 623 gestiegen, hat also um 172 sich vermehrt. Und auch an innerer Kraft hat der Reichsverband erheblich gewonnen. Während nämlich die Zahl der ihm körperlich angehörenden Mitglieder nur um 10 Proz. zugenommen hat, wiehen die in den Ortsgruppen organisierten Mitglieder des Reichsverbandes eine Vermehrung von fast 46 Proz. auf. Ferner sind durch die Generalsekretäre und Redner des Reichsverbandes im Jahre 1908 insgesamt 726 Versammlungen abgehalten worden gegenüber 600 Versammlungen im Jahre 1907.

Von den im Jahre 1907 errichteten fliegenden Rednerschulen heißt es:

„Ihre Zweck sollte sein, neue Kämpfer für den schweren nationalen Kampf des Reichsverbandes heranzubilden. Dies ist in den sogenannten fliegenden Rednerschulen geschehen, die im Jahre 1907 zunächst nur in bescheidenem Umfange hatten abgehalten werden können. Ihre Aufgabe sollte auch noch darin bestehen, gewissermaßen eine Art Vorstufe zu sein für den an der Hauptstelle abzuholdenden Rednerkursus. Und so setzte sich die Teilnehmerzahl der im Jahre 1908 in Berlin abgehaltenen 5. Rednerschule des Reichsverbandes zum ersten Male aus solchen Mitgliedern zusammen, die bereits mit Erfolg eine fliegende Rednerschule durchgemacht hatten. Zur Teilnahme an der Hauptrednerschule war somit nur ausgesuchtes und bereits bewährtes Material zugelassen worden, so daß die Anforderungen an die Teilnehmer erheblich höher geschraubt werden konnten. Dieses System hat sich durchaus bewährt und soll darum auch in Zukunft beibehalten werden. Infolgedessen mußte auf eine erhebliche Vermehrung der sogenannten fliegenden Rednerschulen Bedacht genommen werden, und in der Tat war es dann dem Geist der Ortsgruppen des Reichsverbandes möglich, im Jahre 1908 24 fliegende Rednerschulen abzuhalten, in denen von 60 Dozenten 140 Vorträge gehalten wurden. Weit über 1000 deutsche Männer haben an den vom Reichsverband im Jahre 1908 abgehaltenen fliegenden Rednerschulen teilgenommen.“

Ferner hat der Reichsverband im Jahre 1908 zum ersten Male einen nationalökonomisch-politischen Ausbildungskursus für Lehrer eingerichtet. Auch in Zukunft sollen alljährlich ein oder zwei derartige ausschließlich für Lehrer bestimmte nationalökonomisch-politische Kurse abgehalten werden.

Die „Korrespondenz“ des Reichsverbandes ist in 150 300 Exemplaren an die Presse und an die Organisationen und Vertrauensmänner des Reichsverbandes sowie die angeschlossenen politischen Vereine verandt worden.

Ein neues „Aufklärungsmittel“ war der zum ersten Male für 1908 herausgegebene Volkskalender, der ebenfalls unentgeltlich in annähernd 300 000 Exemplaren verbreitet worden ist.

Im Jahre 1909 sollen als weiteres Agitationsmittel sogenannte „Materialienfontellungen“ durch den Reichsverband veröffentlicht werden über sozialdemokratischen Terrorismus, über die Sozialdemokratie und Kommunalpolitik, über sozialdemokratische Konsumvereine usw.

Nachschußsteuer und Reichsschatzamt.

Die „Nordd. Allgem. Zig.“ verkündete kürzlich, daß die Regierung unbedingt an der Nachschußsteuer festhalte. Dem gegenüber teilt die „Verl. Universitäts-Ztg.“ als sicher mit, daß nicht der Staatssekretär Sydow auf der Nachschußsteuer bestehe, sondern die freisinnigen Parteien; wenn der Vize dem Staatssekretär einen ausreichenden Ersatz für die Nachschußsteuer biete, so würden von seiner Seite Schwierigkeiten nicht zu erwarten sein.

Das Intelligenzblatt der Landwirte, die „Deutsche Tageszig.“ bemerkt dazu:

„Wir glauben, daß die genannte Korrespondenz in diesem Falle gut unterrichtet ist. Was aber den angeblichen Widerstand der freisinnigen Parteien anlangt, so wird er unsere Erwartungen leicht zu brechen sein, wenn sich ein vernünftiger Ersatz findet. Die freisinnigen Politiker wissen eben gut wie wir, daß auch in freisinnigen Volkskreisen die lebhaftesten und schärfsten Bedenken gegen die Nachschußsteuer gehegt werden.“

Das Wählerblatt hat nicht unrecht. Auch in den Kreisen der Wähler, Arbeiter, Rentiers usw., aus denen die freisinnigen

gehabt haben. Es scheint zu den Eigentümlichkeiten des Herrn Ohle zu gehören, gern von sich reden zu machen. Als vor einigen Jahren der verrückte Judenapostel Jacques Lebaudy die ganze Welt in Heiterkeit versetzte, indem er sich zum Kaiser der Sahara proklamierte, da trat Herr Ohle als „Kriegsminister“ in den Dienst dieses Operettenkaisers. In einem Berliner Blatte machte er ganz ernsthaft die Welt von der Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit der weiterverbreiteten Pläne eines übergeordneten, bedachten Bourgeoisänglings zu überzeugen. Aber nicht genug damit, beriefte Herr Ohle, der heute deutsche Fremdenlegionäre aus der französischen Anstaltskammer befreit will, was damals ehemalige Fremdenlegionäre für den wahlunfähigen und schwindelhaften Zalmisier, um an ihrer Spitze Konquistadoren zu vollbringen. Das alberne Schwindelsystem eines Lebaudy ist bald dem wohlverdienten Stuhle der Lächerlichkeit zum Opfer gefallen, was aber aus den armen Toren geworden ist, die sich von dem „Kriegsminister“ Ohle blühen ließen, wissen wir nicht. Wenn dem Herrn Ohle es noch nach dem Zusammenbruch des Lebaudy-Ohle-Schwindels wohl nicht gewesen sein. — Herr Fritz Ohle, selbst ein ehemaliger Fremdenlegionär, hat dann in Verlage von Richard Sattler in Leipzig ein Buch herausgegeben, betitelt: „Weiße Sklaven“ in dem er in Romantikform die Zustände in der Fremdenlegion schildert. In diesem Buche ist zwar manches richtig und der Wahrheit entsprechend dargestellt, in der Hauptfrage kommt es aber Herrn Ohle darauf an, die Zustände in der Fremdenlegion in der denkbar schwärzesten und verzerrtesten Form darzustellen und die deutschen Heeresverhältnisse gegenüber herauszuführen, eine Tendenz, die noch in so manchem deutschen Ende über die Fremdenlegion zu finden ist. Nach Ohle sind zum Beispiel alle französischen Offiziere oder Unteroffiziere ausgemachte Trottel, die vom Felddienst keine Ahnung haben, Verräter, Schurken und moralisch verkommenen Subjekte, die ihren sibiitischen und päberstischen Neigungen geradezu berufsmäßig nachgeben. Herr Ohle spekuliert damit auf deutsche spießbürgerliche Respektabilität mit seiner Vorliebe für Klatsch und Tratsch.

Prüfen wir jetzt einmal die Schilderungen der Fremdenlegion, die während der letzten Wochen durch die Presse gingen, auf ihren Wahrheitsgehalt. Da muß vor allem dem immer wiederkehrenden Märchen entgegengetreten werden, daß Frankreich systematisch Werbeagenten und Werbebüros in Deutschland und an der Grenze unterhalte, die dafür zu sorgen hätten, daß der Kulturhunger für die Fremdenlegion nicht ausgehe. Das ist einfach nicht wahr. Dem Schreiber dieser Zeilen ist während eines fünfjährigen Aufenthaltes in der Fremdenlegion und während der sechs Jahre, die er in Eljah-Vorbringen zubrachte, nicht ein einziger Fall bekannt geworden, daß ein Legionär durch das Verleihen eines Werbebüros veranlaßt worden ist, französische Dienste zu nehmen. Frankreich hat gar nicht nötig, sich durch die Organisation von Werbebüros und die Befolgung von Werbeagenten in Unkosten zu fällen. Auch Handgeld, von dem in deutschen Blättern viel ge-

schrieben ihre Subsidien beziehen, ist man für die Nachschußsteuer wenig eingenommen, und da diese Schichten in dem regenerierten neuen Preussien den Ton angeben, ist nicht ausgeschlossen, daß auch die freisinnigen schließlich anbeden, es sei besser, auch diese Steuern fallen zu lassen und dafür einen Ersatz zu schaffen, der vor allem die ärmeren Volkskreise belastet.

Die Sozialdemokratie im hessischen Landtag.

Morgen, Donnerstag, tritt der neu gewählte St. Landtag zu seiner ersten Session zusammen. Von der sozialdemokratischen Fraktion werden eine große Reihe Anträge eingebracht, die das ganze Gebiet der Landtagsstätigkeit umfassen. Zunächst ein

Wahlrechtsantrag.

Die Fraktion beantragt, die Regierung zu ersuchen, einen Gesuchentwurf vorzulegen, der vorliegt:

1. Die Einführung des Einkommensteuersystems und der direkten Besteuerung durch das Volk mittelst des Vorklags- und Verwerfungsrechts. (Initiative und Referendum nach Schweizer Muster.)

2. Daß die Wahlen zum Landtag auf Grund des allgemeinen Wahlrechts mit Proportionalssystem stattfinden, und zwar unter Berücksichtigung folgender besonderen Bestimmungen:

- a) wahlberechtigt ist jede rechtsmündige Person,
- b) die Gesamtzahl der Abgeordneten ist dem Bevölkerungszuwachs dertat anzupassen, daß auf je 20 000 Bewohner ein Abgeordneter entfällt,
- c) die Wahlen sind am Sonntagen vorzunehmen. Die Wahlstunden sind von mittags 12 Uhr bis abends 8 Uhr festzusetzen,
- d) die Wählerlisten sind ständig auf dem Laufenden zu halten und bei Ankündigung des Wahltermins durch den Druck zu veröffentlichen,
- e) das Wahlscheinnis ist durch Einführung amtlicher Stimmzettel-Kuberts und Einrichtung von Isolierzimmern sicherzustellen.

Ferner:

ein Diätenantrag.

Die Regierung wird ersucht, dahin zu wirken, daß Tagesgelde auch für die in Darmstadt wohnenden Abgeordneten gewährt werden und für alle Abgeordneten während der Dauer des Landtages freie Fahrt auf den Bahnen im Großherzogtum — einschließlich der Bahnhöfen Darmstadt-Frankfurt-Dießen und Frankfurt-Pulda-Gelnhausen — gestattet ist.

Nehtere Schulanträge, welche die vollkommene Trennung von Schule und Kirche, sowie die Uebernahme sämtlicher Volksschulen auf den Staat fordern, außerdem verschiedene sozialpolitische Anträge, in denen die Regierung ersucht wird, Gesuchentwürfe vorzulegen, die die Verhältnisse der Arbeiter und Hilfsangehörigen in den Staatsbetrieben regeln, die Gewerbeinspektion verbessern und einen wirksamen Bauarbeiterausgleich garantieren.

Zugleich wird die Regierung ersucht, den Landständen alsbald einen Gesuchentwurf vorzulegen, wodurch:

1. die Progression der Einkommensteuer für die Einkommen von 6000 M. ab erhöht und
2. die Vermögenssteuer progressiv gestaltet wird,
3. eine Revision des Stempelgesetzes in die Wege geleitet wird zwecks Befreiung aller derjenigen Stempel und Gebühren, die eine drückende Belastung der minderbemittelten Bevölkerungskreise darstellen.

Das Zentrum und die Verfassungsanträge.

Zu Ihrer Besprechung des Kameralkampfs bemerkt heute die „Germania“:

„Der Reichstag braucht sich bloß zu weigern, mit einem Reichszanker zu arbeiten, der dem persönlichen Regimente nicht gebührend Einhalt zu tun weiß, und das persönliche Regiment ist ohnmächtig. Gerade gegenteilig, wo die Regierung 600 Millionen neue Steuern fordert, hat der Reichstag Anlaß, sich seiner Macht bewußt zu werden. Zu allen Zeiten haben Volkvertretungen, welchen Namen sie auch haben möchten, die Geldverlegenheiten der Regierenden: benützt, um Zugeständnisse zu erzielen, die sie im Interesse des Landes und Volkes (das allerdings manchmal mit dem persönlichen und Standesinteresse verwechselt wurde) für nötig hielten. Heute soll die nationale Ehrfurcht, Selbstachtung und Bewußtseinsmacht machen. Man erklärt, die 500 Millionen neuer Steuern seien im Interesse des Landes und Volkes notwendig und würden nicht für die Regierung gefordert, also sei es nationale Pflicht, sie ohne Rücksicht auf irgend etwas anderes zu bewilligen. Wir wollen die Behauptung von dem

liefert wird, braucht es den in seinen Dienst tretenden Legionären nicht zu zahlen. Der beste, billigste, leistungsfähigste und zuverlässigste Werbeagent für die Fremdenlegion ist nämlich der preussisch-deutsche Militarismus, ist das bürokratische Polizeiregime in Eljah-Vorbringen).

Nach einer einwandfreien Aufstellung eines französischen Offiziers besteht die Fremdenlegion aus 45 Proz. Elzhern und Vorbringern, aus 13 Proz. Reichsdeutschen, 8 Proz. Schweizern, 7 Proz. Belgiern und 5 Proz. Franzosen; der Rest wird von Angehörigen der verschiedenen Nationen gebildet. Das Hauptkontingent, 57 Prozent, liefert also Deutschland. Seit Bestehen des „herrlichen“ Deutschen Reiches bis heute mögen ungefähr 30–35 000 Deutsche es vorgezogen haben, ihre Person an Frankreich zu veräußern, anstatt in einem Lande zu bleiben, in dem nach den Behauptungen der „nationalen“ Presse alles vollkommen ist, besonders die militärischen Einrichtungen. Die „gutsinnige“ deutsche Presse schreibt über diese deutschen Fremdenlegionäre, daß es nicht „die besten unterer Landesknechte“, daß es „keine deutschen Patrioten“, daß sie der „Abschaum der Menschheit“, „bertorents Söhne Europas“ seien und was dergleichen von pharisäischem Nationaldünkel diffizierte verdächtige Phrasen mehr sind. Selbst man aber den wahren und kaiserlichen Gründen nach, die soviel Deutsche in die Reihen der Fremdenlegion treiben, dann muß man zu einem vernünftigen Urteil der deutschen Zustände kommen, die dem französischen Kolonialmilitarismus das Kanonenfutter so reichlich und willig in die Hände werfen.

Von den Reichsländern, welche den fünfjährigen, schweren und gefährlichen Dienst in der Fremdenlegion der zwei- oder dreijährigen Dienstzeit in deutschen Heere vorgezogen haben oder noch vorziehen, wird man nicht behaupten können, daß sie die Begeisterung für die französische Regierungspraxis dazu bestimmt hat. Die Generationen, die hier in Frage kommen, haben von den Segnungen dieser Regierung zu wenig oder gar nichts kennen gelernt. Das schneidige preussische Regierungssystem in den Reichsländern mit seiner Fiktionshaben- und seiner bürokratischen Bevormundung aber haben sie am eigenen Leibe kennen gelernt und das hat sie nicht mit besonderer Vorliebe für das „herrliche“ Deutsche Reich erfüllt. Sehr viele Reichsländer glauben, ihre wirtschaftliche Existenz besser und ungehindeter in Frankreich finden zu können, eng und alle Familienbände ziehen sie über die Grenze, eine dreijährige Dienstzeit in der Fremdenlegion ermöglicht ihnen die Naturalisation und damit die uneingeschränkte Bewegung- und Erwerbsmöglichkeit in Frankreich. Zahlreichen jungen Elkhern und Vorbringern des gebildeten und heijenden Bürgertums bietet die Fremdenlegion auf diese Weise Gelegenheit, die Offizierslaufbahn einzuschlagen oder noch beordneter Dienstzeit in die französische Beamtenhierarchie einzutreten. In den meisten Fällen sind es also wirkliche oder vermeintliche wirtschaftliche Vorteile, die die Reichsländer von einem Dienste in der Fremdenlegion erwarten. Abenteuerlust und Begeisterung für

Sandes- und Volksinteresse nicht näher untersuchen, jedenfalls ist es aber mindestens ebenso große nationale Pflicht, Land und Volk davor zu bewahren, daß der Reichswagen jeden Augenblick an den Rand des Abgrundes geschleudert werde. In diese Pflicht denken aber diejenigen sehr wenig, die die Fortführung der Volkspolizei für das allerwichtigste halten und in erster Linie deshalb über die Kamarrilla jammern, weil sie dem Oberbefehlshaber des Blodes gefährlich werden könnte."

Das sind recht schöne Worte. Aber es wird sich bei den Verfassungsdebatten zeigen müssen, ob das Zentrum diesen Worten auch Taten folgen lassen und jede Mitwirkung an der Finanzreform von der vorhergehenden Durchsetzung der Nachterweiterung des Reichstages abhängig machen wird. —

Die feistame Zustimmung.

Wenn sich in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses die Vertreter des Freisinn nicht gleichfalls gegen die Drohung des Vorsitzenden wandten, daß die Sozialdemokratie aus dem Seniorenkongress ausgeschlossen werden müsse, wenn sie sich nicht hütlich brach verhalte, mag noch damit entschuldigt werden, daß sie durch die Erklärung des Vorsitzenden überrollt wurden. Daß aber auch die offizielle freisinnige Presse bis jetzt kein Wort des Protestes dagegen gefunden hat, beweist einen erstaunlichen Grad von Gleichgültigkeit gegen die Rechte des Parlamentes, der Presse und der Öffentlichkeit! Von freisinnigen Blättern ist es nur das nichtoffizielle „Berliner Tageblatt“, das Einspruch gegen das Vorgehen des Vorsitzenden der Kommission erhebt. Es schreibt:

„Wir haben uns den betreffenden Artikel des „Vorwärts“ daraufhin angesehen und müssen zugeben, daß er im Tone etwas scharf gehalten ist; er zitiert auch einzelne Bemerkungen bestimmter Kommissionsmitglieder, doch ohne sie zu nennen. . .“

(Nach der Wiedergabe des Schlußpassus des vorhergedruckten Artikels des „Vorwärts“ fährt das „Berl. Tagebl.“ fort):

„Es liegt uns fern, diese Ansichten vertreten zu wollen, aber es ist nicht recht verständlich, welcher Zusammenhang zwischen diesem Artikel und der Zusammenkunft des Seniorenkongresses im Abgeordnetenhaus bestehen soll. Vielleicht bringt nächstens die „Kreuzzeitung“ einen Artikel, der die Beschlässe über die Beamtenbesetzung tabeliert. Sollen dann auch die Konservativen aus dem Seniorenkongress ausgeschlossen werden? Die Ersätze Drohung scheint uns von der grundsätzlichen Ansicht auszugehen, daß die parlamentarischen Pflichten und Rechte durch ein gewisses Wohlverhalten der einzelnen Abgeordneten und der ihnen nachstehenden Vorgesetzten bedingt seien. Das heißt die Aufgaben der Volksvertreter auf den Kopf stellen. Herr v. Erffa hat vielleicht übersehen, daß es seit mehr als 18 Jahren kein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie im Deutschen Reich mehr gibt. Er sollte sich deshalb hüten, auch nur bedingungsweise eine solche Ausnahmebestimmung den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten anzudrohen.“

Belanlich zog sich der „Vorwärts“ den Unwillen des Vorsitzenden der Budgetkommission dadurch zu, daß er die Beschlüsse der Mehrheit der Budgetkommission einbringlich charakterisierte und die Verantwortlichkeit der gesamten bürgerlichen Vertreter für die berechtigten Forderungen der Unterbeamten gebührend an den Pranger stellte. Die Unterbeamten dürfen sich also beim Freisinn für dessen eifrige Wahrnehmung ihrer Interessen bedanken!

Der Sprachenparagraph und Müller-Meinungen.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht ein an sie gerichtetes Schreiben des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Müller-Meinungen, dessen wesentlicher Inhalt lautet:

Es ist richtig, daß ich auf Seite 138 des Kommentars (Ergänzung des Vereinsgesetzes, erläutert von Dr. Ernst Müller, Mitglied des Reichstages für Meiningen, Landgerichtsrat und Dr. Georg Schmid, Regierungsdirektor in Stuttgart, J. Schweigers Verlag, München) im Anschluß an die bekannte, vielumstrittene Erklärung des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg wörtlich sage: „Aus dieser Antwort geht hervor, daß die ganze Gewerkschaftsbewegung, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehört, gleichmäßig behandelt werden soll.“ Diese Stelle des Kommentars ist nur verständlich im Zusammenhang mit der vorausgehenden wörtlichen Wiederholung der Rede des Abg. Graf, der ausdrücklich zwischen den politischen und nationalen Interessen gegenüber dem Votum, die unberührt

den allfranzösischen Kriegsruhm sind es in den seltensten Fällen, die diese Reichsländer nach Afrika gehen lassen. Die jahrzehntelangen Kämpfe der Franzosen in Algerien haben fast jeder erschaffen und lothringischen Familie schmerzliche Verluste gebracht, so daß es nicht bloßer Leichtsinns ist, der die jungen Reichsländer in die Fremdenlegion treibt. Am wirksamsten ist hierbei die Furcht vor dem deutschen Militarismus, die diese Leute veranlaßt, sich dem französischen Militarismus in die Arme zu werfen. Wären die deutschen Armeeverhältnisse wirklich so vollkommen und human, wie sie gepriesen werden, dann müßte diese Furcht sich doch sehr bald als unbegründet erweisen. Das Reichsland befugt doch seit nun bald vierzig Jahren deutsche Garnisonen, und zwar nicht wenig. Aber was die Elsch-Volhinger in diesen zu hören und zu sehen bekommen, ist nicht danach angelegt. Ihnen die Furcht vor dem preussischen Korporalstuck und die Abneigung vor der Videltshauze zu nehmen. Gewiß gibt es genug Elsch-Volhinger, die im Lande bleiben und sich bequemen, „des Kaisers Ehrenrod“ anzulegen; bei ihnen ist es aber in den meisten Fällen die Rücksicht auf Besitz und Vermögen, das ihnen bei einer unerlaubten Auswanderung nach Frankreich und einer Entziehung der Dienstpflicht von der deutschen Verwaltung weggenommen werden, die sie in den lauern Apfel beißen läßt.

Wenn wir uns zu den übrigen Deutschen in der Fremdenlegion wenden, so kommen wir zu dem traurigen Kapitel, das die preussische Heeresgeschichte aufzuweisen hat, zu dem Kapitel Soldatenmordhandlungen. Es ist schon richtig, die meisten Reichsdeutschen in der Fremdenlegion sind Deserteure, besonders aus den Garnisonen der Reichslande und der westlichen Provinzen. Erwähnt sei hierbei, daß auch in Luxemburg, Belgien und Holland viele fahnenflüchtige Unteroffiziere suchen. Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn man annimmt, daß die Zahl derer, die im Laufe der letzten vier Jahrzehnte von ihren Truppen weglaufen sind, die Stärke eines mobilen Armeekorps ausmachen würde. Dürften da nicht einmal unsere „Patrioten“ stutzig werden und sich die Frage vorlegen, ob im deutschen Heere wirklich alles so vorzüglich ist, wie sie behaupten! Die Herren Verteidiger des deutschen Militarismus mögen sich drehen und wenden, wie sie wollen, sie ändern nichts an der Tatsache, daß die menschenwürdige Behandlung, die Erziehung zum Stadteingeborenen, die trotz aller Schönfärberei und trotz aller Putzreden gegen die Sozialdemokratie hinter den deutschen Kasernenmauern gang und gäbe ist, in erster Linie den Grund bilden, daß so viele Mannschaften desertieren, daß Soldatenmorde in erschreckender Häufigkeit vorkommen.

Der Gelegenheitsgedacht hat, die deutschen Elemente der Fremdenlegion jahrelang zu beobachten, wird wissen, daß es nicht durchweg verkommen und wisse Menschen sind; dazu werden sie erit durch das Kolonialsoldatenleben, dessen verheerende Wirkung überall, auch bei den deutschen Kolonialtruppen nachzuweisen ist, erst gemacht. Sie ergänzen sich aus ungeschulten und schwerfälligen Rekruten, welche das Drangsalieren und „Schleifen“ beim Ergreifen zum verzweifelt Schritte getrieben hat, aus Leuten mit leicht rela-

bleiben sollten, und den „von der russischen Arbeiterbewegung veranfaßten Verammlungen“ schied. Ich hatte bei meiner in Rede stehenden Anfrage an den Staatssekretär im engen Anschluß an die Gräffche Rede nur an die gesamte deutsche Gewerkschafts- und Gewerksvereinsbewegung aller Richtungen gedacht, in erster Linie an die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine sowie vor allem an die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften und die von diesen Organisationen veranfaßten Verammlungen. Ich hatte sohin alle „politischen, d. h. sozialpolitischen und parteipolitischen Richtungen dieser Bewegung im Auge, dagegen nicht die nationalpolitischen, das heißt in concreto die politischen nationalpolitischen Arbeiterorganisationen und deren Veranstaltungen. An diese konnte ich in diesem Zusammenhang aus einem sehr einfachen Grunde nicht denken: Es war mir sehr genau bekannt, daß die differenzielle Behandlung derselben gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung das Hauptmotiv des § 12 selbst war. Herr Kollege Payer und ich hatten uns ja wochenlang vergebens bemüht, die gesamten Arbeiterorganisationen gemäß § 6 Abs. 3 des Vereinsgesetzes aus dem ominösen § 12 auszuscheiden: Gerade an der Furcht vor der nationalpolitischen Arbeiterbewegung im Westen scheiterte — vor allem infolge des Widerstandes der preussischen Regierung — diese Ausbaltung! Das alles sind keine Geheimnisse! Über alle diese Dinge hatten wir die linksliberale Fraktionsgemeinschaft auf das eingehendste unterrichtet und stets auf dem Laufenden erhalten.

Die Vereinträchtigung der nationalpolitischen Arbeiterbewegung durch den § 12 (damaligen § 7) erschien uns also bei der Stellung jener Frage in der wild erregten Sitzung vom 4. April rebus sic stantibus als etwas Selbstverständliches — als etwas Unabänderliches! (Siehe auch die Rede des Abg. Payer in jener Sitzung.) Nach alledem kann auch ich nur noch diesem Willen und Gewissen bestätigen, daß von einer Täuschung der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft durch den Herrn Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg keine Rede sein kann. Ich werde übrigens nicht verfehlen, obige Ausbaltung in die zweite Auflage des Kommentars aufzunehmen. Eine direkte Bestätigung des Vorstehenden finden Sie in der Seite 139 des Kommentars wörtlich abgedruckten früheren Erklärung des Herrn v. Bethmann, welcher die Richtlinie seiner Haltung in der Sprachenfrage klar angibt, und die auch mir wohl bekannt war. Leider war ich durch Krankheit in der Familie verhindert, den letzten Reichstagsstungen anzuwohnen, so daß ich meine Anschauung in obigem Sinne nicht geltend machen konnte.

Herr Müller reitet sich durch diese Erklärung nur noch mehr hinein. Er hat in seiner Anfrage, die er bei der Beratung des Vereinsgesetzes an den Staatssekretär des Innern richtete, ausdrücklich von der „ganzen Gewerkschaftsbewegung“ gesprochen, er hat wieder von der „ganzen Gewerkschaftsbewegung“ in der angezogenen Stelle seines Kommentars geschrieben. Die feine Unterscheidung zwischen „politischen“ und „nationalpolitischen“ Arbeiterorganisationen ist für die Rat und nicht als saule Ausrede. Uebrigens vergißt Herr Müller-Meinungen dabei auch den „politischen“ freien Gewerkschaften der Gebrauch der polnischen Sprache in ihren öffentlichen Versammlungen verwehrt wird!

Ganz unverständlich ist, wie Herr Müller, wenn er alles das als selbstverständlich ansah, was er jetzt als selbstverständlich ausgibt, die angezogene Stelle seines Kommentars abfassen konnte, wie er es getan hat. Treffend sagt die „Frankf. Ztg.“ darüber:

Wir bemerken hierzu nur dies: Wenn Herr Müller-Meinungen gewußt hat, was die Erklärungen des Herrn Staatssekretärs bedeuten sollten, dann hätte er eben jene wichtige Stelle seines Kommentars zum Vereinsgesetz anders fassen müssen, denn dem Leser kommt es nicht darauf an, was Herr Müller-Meinungen sich dabei dachte, sondern auf das, was er schrieb, und der Leser kann nicht wissen, daß die „ganze“ Gewerkschaftsbewegung, von der dort die Rede ist, nicht die ganze Gewerkschaftsbewegung ist.

Herr Müller hat durch diese Erklärung weder seine, noch des Staatssekretärs, noch des Freisinn Lage verbessert!

Merkwürdige Denunzianten.

Gegegenwärtig spielt sich in Wülheim a. Rh. fünf Tage lang die Stadtverordneten-Stichwahl ab. Bei der Hauptwahl hatten: Zentrum etwa 2900, Sozialdemokratie 2200 und Liberale 700 Stimmen. Infolge der gefälligen Kampfesweise des Zentrums, vor allem aber um eine Zentrumsmehrheit möglichst zu verhindern, beschloß die liberale Partei, daß kein liberaler Wähler dem Zentrum in der Stichwahl die Stimme geben dürfe.

barem und empfindlichem Ehrgefühl, welche die ewigen Pässe, Verbalinjuren und herabsetzenden Redensarten nicht länger ertragen konnten. Viele sind durch den schändlichen Kleinbienst, der in den deutschen Kasernen ganz besonders in Wüste steht und von dem die Herren Offiziere, wie so manche Kriegsgerichts-verhandlung beweisen hat, keine Ahnung haben, derart bis auf Blut gepöngelt worden, daß sie über die Grenze liefen. Nicht minder trägt bei manchem die so hochgepriesene, leider aber am unredlichen Ende angebandene Sparmaßnahme im deutschen Heere zur Flucht nach Frankreich. Der unglückliche Rekrut erhält sehr häufig wurmfällige und schmutzige Kleider und Schuhe, damit soll er bei den zahlreichen Appellen bestehen, ihnen verdankt er manches „Antreten“ bis tief in die Nacht hinein, bis ihm schließlich die Geduld reicht.

Ganz besonders aber ist es das Militärstrafgesetz mit seinen draconischen Bestimmungen für Vergehen Untergebener, das viele deutsche Soldaten in die Fremdenlegion treibt. Die Furcht vor einer Strafe, die in keinem Verhältnis zu dem Vergehen steht, eine Strafe, die im Namen der geheligen Disziplin verhängt wird und eine ganze Menscheneffizienz vernichten kann, läßt manchem den gefährlichsten Dienst in der Fremdenlegion vorzuziehen als die trodene Folter hinter den Mauern eines preussischen Festungsgefängnisses.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß auch deutsche Offiziere und Unteroffiziere ihre Zukunft in der Fremdenlegion suchen. Die ersteren treiben meist Sünden oder sonstige leichtsinnige Streiche dazu, den Offiziershelm mit dem Legionärsplätt zu vertauschen. Bei den letzteren ist es häufig die Furcht vor einer Festungsstrafe wegen Mißhandlung, die zur Desertion treibt; sie sahen, wenn mit ihnen nicht weiter kapituliert wurde, einer bedenklichen Zukunft entgegen.

Die angeführten Beispiele werden wohl zur Genüge beweisen, daß die Franzosen sich gar keinen besseren Verber für ihre Fremdenlegion wünschen können als den deutschen Militarismus.

Der französische Kolonialmilitarismus laßt seine Opfer gewiß nicht im Samthandschuh an. Seit 1871 mögen ungefähr 20000 bis 25000 Reichsdeutsche für die „Gloire“ der „großen Nation“ gefallen sein oder ihre gesunden Knochen und ihre Gesundheit eingebüßt haben. Aber das muß doch betont werden, daß die Behandlung des Einzelnen in der französischen Armee und auch in der Fremdenlegion entschieden milder ist als in der deutschen Armee. Die egotischen Abenteuer, für die die Fremdenlegion in erster Linie verwendet wird, um die eigenen Landesfinder zu sparen, die Entbehrungen, Strapazen und klimatischen Gefahren räumen unter den Fremdenlegionären allerdings gewaltig auf. Ihre Knochen bleiben in Algerien und Marokko, im Sudan und Dahomey, auf Madagaskar und in Tschangeln und Urwäldern Annams und Tonkins. Die Fremdenlegion ist eine Truppe, die in unsere fortgeschrittene Zeit nicht mehr hineingeht, an ihrem Verbleiben trägt aber der deutsche Militarismus mindestens ebenso viel Schuld wie der französische!

Der jungliberale Verein ging weiter und beschloß einstimmig, „geschlossen die Sozialdemokratie einzutreten“. Die Folge ist eine beispiellose Wut des Zentrums, das in einer Weise agitiert und kämpft, gegen die die Reichstagswahl eine Kleinigkeit ist. Man ist an das Bezirkskommando herangerufen, um es gegen die liberalen Kriegereinsatzmitglieder, Kriegeroffiziere und dergleichen scharf zu machen, und der Kriegerverband hat den einzelnen Krieger- und Militärvereinen des Bezirks bereits mitgeteilt, daß jedes Mitglied, das bei der Stichwahl sozialdemokratisch wählt, „unweigerlich aus dem Verein ausgeschlossen wird.“

Die „unpolitischen“ Kriegerevereine dürfen sich einen solchen Terrorismus gegen die Wahlfreiheit ja erlauben. —

„Edelste und Beste der Nation“ unter sich.

In Königsberg fand die Provinzialversammlung des „Bundes der Landwirte“ statt. Der Bundesvorsitzende Freiherr v. Wangenheim wünschte für das Reich eine Dividendensteuer. Dividenden bis zu 6 Proz. sollen freigelassen, von den darüber gehenden Gewinnen sollen aber 25 Proz. für das Reich erhoben werden. Er empfahl weiter eine Verdoppelung des Polles auf Kaffee, die Einführung eines Monopoles für Kohlenpetroleum, einen Kohlenausfuhrzoll und eine Verteuerung der alkoholfreien Getränke. Erparnisse sollen sich an fiskalischen Bauten erzielen, Millionen würden in Schulhäusern verschleudert; manches Schulhaus könnte seinem Zwecke noch sehr gut dienen.

Weiter erklärte der Redner, man müsse die Gefangenen zu Kolonisten machen, und außerdem auch in den großen Städten das arbeitscheue Geindel aus seinen Schlupfwinkel heraustreiben und in ländlichen Kolonien unterbringen.

Wir haben nichts dagegen, daß das arbeitscheue Geindel, das in den Großstädten bei Sekt und Anker das Geld verpraßt, das ehrliche Arbeiter erworben haben, aufs Land gebracht und hier zur Arbeit angehalten wird!

Herr v. Wangenheim lieferte dann bei Besprechung des „Sparens“ einen lustigen Beitrag zur Frömmigkeit in feudalen Kreisen: Wenn gesagt werde, man solle für den Bischof sparen, so komme ihm das vor, wie zu seiner Sonner Studenzeit; wenn da zu frommen Zwecken bei den Studenten gesammelt wurde, hieß es: „Ja, lieber Mann, einen Taler habe ich noch und verkaufe ich lieber!“ So mancher dieser Studenten mag heute vielleicht schon Konfiskator sein und sich als solcher über das genutzte und begehrtete Volk enträsten, daß sich nicht mit Verzweiflung auf das Himmelreich zufliehen gehen will! —

Gegen den beschlagnahmten Wahlrechtstraub im Oldenburger Landtage nahm am Dienstagabend eine öffentliche Volksversammlung der Einwohnerschaft Kürsing und Heppend Stellung. Landtagsabgeordneter Schulz-Bant hatte das Referat übernommen. Die Versammlung war äußerst zahlreich besucht. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der die Verankerung auf das entschiedenste gegen den Versuch, das Pluralstimmrecht in das vom Oldenburger Landtage zu schaffende Wahlgesetz einzuführen, protestiert. Sie ersucht den Landtag, diesen Versuch zurückzuweisen und ein Wahlgesetz zu schaffen, das als Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrechts hat, eine Vertretung aller Schichten der Bevölkerung ermöglicht und die Vertretung der Minoritäten nicht ausschließt. — Heute Mittwoch finden in den größeren Orten Oldenburgs, wie Oldenburg, Delmenhorst, Varel usw., gleiche Protestversammlungen statt.

Spaltungen im antisemitischen Lager.

Die im Reichstags sitzenden Antisemiten sind in zwei Lager gespalten; der eine Flügel, unter Führung der Liebermann v. Sonnenberg, Kattmann und Raab, gehört zur Wirtschaftlichen Vereinigung, der andere Flügel, bestehend aus Bindewald, Bruhn, Gaebel, Graefe, Werner und Zimmermann, bildet die Deutsche Reformpartei. Der Abgeordnete Bruhn ist nun aus dieser Reformpartei ausgeschieden, nachdem er schon seit einiger Zeit mit seinen Gesinnungsgenossen in schweren Differenzen lag. Als Vorsitzender des Deutschen Antisemitischen Bundes wurde er bestigt angegriffen. Wie die „Staatsbürger-Zeitung“ mitteilte, handelte es sich um „Unstimmigkeiten“ in der Rassenführung.

Das Ende des Hekles Scharrelmann. Die „R. G. Z.“ berichtet, daß Scharrelmann sein Entlassungsgesuch eingereicht hat, mit der Begründung, daß er nach Lage der Dinge unter der Bremischen Schulbehörde nicht weiter als Beamter tätig sein kann. —

Eine Schauermit.

Mit Befagen druckt die bürgerliche Presse eine Geschichte ab, die offenbar reichsverbandlichen Ursprungs ist, und mit der der Jued verfolgt wird, wieder einmal einen „Beweis“ für die Unzulänglichkeit der sozialdemokratischen Arbeiter zu erbringen. Es wird behauptet, in Osternied a. S. habe sich der 53 Jahre alte Handshuhmacher Stöber erschossen, weil er sich nicht mehr anders vor der systematischen Händsel und Heberei seiner Arbeitskollegen wegen seiner Zugehörigkeit zum Kriegerverein und zur kirchlichen Gemeindevertretung zu retten wußte.

Die Geschichte ist blanke Schwindel. Wahr ist nur, daß Stöber Selbstmord verübte, und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach aus Gründen, die in seinen Familienverhältnissen liegen. Wie wenig Wahrheit an den angeblichen Hebereten ist, mag die Tatsache illustrieren, daß Stöber seit 18 Jahren dem Handshuhmacherberuf angehört und bei seinen Arbeitskollegen in bestem Ansehen stand.

Reichstagswahl in Westerb. Antliches Wahl-ergebnis. Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Westerb. Westerb. am 12. d. M. sind 21601 Stimmen abgegeben worden. Von diesen erhielt Oberverwaltungsgerichtsrat Graf v. Westerb. (Dt. Kons.) 11476, Probst Kroschke (Z.) 10200 Stimmen, 6 Stimmen waren zerstückelt. Graf v. Westerb. ist somit gewählt.

Ein Pfarrer glaubte der Verein ostdeutscher Irrenärzte Herrn Geheimrat Dr. Alter, dem Direktor der schlesischen Provinzial-Irrenanstalt Leubus, auflegen zu sollen; er ernannte den alten Herrn in der Sitzung am letzten Sonnabend zum Ehrenmitglied. Diese Demonstration wird Fremden erregen. Ganz abgesehen davon, daß Dr. Alter niemals als Koryphäe in seinem Fach galt, und daß man es in weiten Kreisen über bemerkt, als er seinen Sohn und seinen Schwiegersohn mit der Assistenten bezog. Oberarztstelle in der Leubuser Anstalt betraute — ein Verfahren, das im Schnell-Prozess kürzlich selbst der Staatsanwalt als nicht gerade opportun bezeichnete — hat Dr. Alters Anstalt in dem genannten Prozeß ja überhaupt nicht allzu gut abgeschnitten. Die Kundgebung seiner ostdeutschen Kollegen dürfte infolgedessen bei der breiteren Öffentlichkeit auf geringes Verändnis stoßen. —

Die Balkanreise.

Die Verhandlungen.

Konstantinopel, 16. Dezember. Im heutigen Ministerrat machte der Großwesir Mittelungen über die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn. Er erklärte, daß Vorkaufser Erzherzog Pallavicini im Hinblick auf die am Sonntag von der Pforte gemachten Mitteilungen Instruktionen erwartete. Bezüglich des Vorkaufers wurde im Ministerrat beschlossen, daß wenn oesterreichische Schiffe mit eigenen Leichtergeräten ihre Waren bis zum Jolani beackten, die Jolani-Inspektoren sie ausladen müßten, daß man aber private Ballastträger hierzu nicht zwingen könne. Drei Mitglieder des Komitees, Ahmed Riza, Major Ender und Talat, konferierten während und nach Schluß des Ministerrats mit dem

Wortwechsel und dem Minister des Innern über die Organisation des Parlaments, den Boykott und andere Angelegenheiten.

Wien, 16. Dezember. Der „N. Fr. Pr.“ telegraphiert man aus Petersburg: Die Antwort Russlands auf die österreichisch-ungarische Note lautet zu ihm. Die Entscheidung der Balkankrise wird hierdurch vervollständigt. Im hiesigen Ministerium des Innern glaubt man, daß die Verhandlungen der Mächte sich lange hinziehen werden, doch wiege diese Spannung den Nachteil der Verzögerung auf.

Eine Annerionsdebatte.

Wien, 16. Dezember. Das Abgeordnetenhaus begann heute die Verhandlung über die die Annerion Bosniens betreffenden Dringlichkeitsanträge. Zunächst begründete Pring Reichstein (christlich-sozial) seinen Antrag. Er erklärte, schon jetzt müsse sich das Haus durch eine ungewöhnliche und entscheidende Erklärung gegen die Auffassung wenden, welche in Ungarn einen von dem österreichischen abweichenden Gesetzentwurf zustande brachte. (Beifall.) Redner kam zu dem Schlusse, daß weder Österreich noch Ungarn das Okkupationsgebiet zu fassen dürfe, sondern eine Einigung und freie Selbstregierung des serbo-kroatischen Volkes unter dem Zepher des Kaiserhauses die einzige anzustrebende Lösung bilden könne. (Lebhafte Beifall.)

Abgeordneter Susterovic (Südflawen) erklärte, die Südflawen beanspruchten die Verbindung der südflawischen Länder zu einem eigenen staatsrechtlichen Körper. Redner verlangte, daß das Bosnien zu gewöhnliche Verfassungswert im Einvernehmen mit der Bevölkerung zustande komme, und daß derselben, selbstverständlich im Rahmen der Monarchie, volle Freiheit und Selbständigkeit gegeben werde.

Abgeordneter Kemeš (Sozialdemokrat) wandte sich dagegen, daß die Annerion ohne Befragung der bosnischen Bevölkerung und ohne Zustimmung des parlamentarischen Vertretungskörpers erfolge, und wies auf die politische und wirtschaftlich nachteiligen Folgen der Annerion hin. Die auswärtigen Mächte — auch Russland, das sich jetzt als der Vertreter der Slawen geriere, — verfolgten in der Annerionsfrage egoistische Tendenzen. Die Slawen Österreichs würden es sich sehr überlegen, sich unter den Schutz Russlands zu begeben. Redner betonte schließlich die Notwendigkeit der Bescheidung der Konferenz durch Österreich, damit die Kriegsgefahr mit allen Mitteln beseitigt werde.

Oesterreich.

Gegen die Boykottspielerei.

Wien, 16. Dezember. Der Ministerpräsident hat an den Leiter des Justizministeriums in einem Schreiben auf die sich in Mähren und Böhmen neuerdings stark bemerkbar machende nationale Boykottbewegung als entschieden ungesetzlich hingewiesen. Es heißt in dem Schreiben ferner, daß die Boykottaktion dem leidenschaftlichen Vorgehen radikaler Heger entspringe. Die Justizbehörden müßten auf Grund des Straf- und des Verfassungsgesetz gegen jedermann, unbekümmert um seine Stellung, vorgehen, der Versuch, zum nationalen Boykott aufzufordern.

Schweiz.

Aus der Bundesversammlung.

Bern, 14. Dezember. (Eig. Ber.) Die erste Sessionswoche der Bundesversammlung ergab wenig Bemerkenswertes. Die 7 sozialdemokratischen Mitglieder des Nationalrates haben eine eigene Fraktion mit Greulich als Vorsitzenden gebildet und gleichzeitig haben sie sich mit 6 Demokraten und „Sozialpolitikern“ zu der „sozialpolitischen Gruppe“ vereinigt, die von Fall zu Fall in Aktion tritt. Der Zweck, durch die größere Fraktion eine Vertretung im Bureau zu erlangen, scheiterte an der herrschsüchtigen Ausschließlichkeit der radikal-demokratischen Mehrheit. Dagegen konnte sie die Interpellation in Sachen der Auslieferung Wassiliewskys stellen, wofür mindestens 10 Unterschriften erforderlich sind. Behandelt wurde u. a. der Geschäftsbericht der Alkoholmonopolverwaltung, die 1907 bei 12,76 Millionen Frank Einnahmen einen Ueberschuß von 5,83 Millionen ergab, wovon 5,82 Millionen an die Kantone verteilt werden. Ein Antrag auf Verteuerung des Schnapses zur Einschränkung des Alkoholismus wurde dem Bundesrat zur Prüfung überwiesen.

Die Bundesbeamten, Angestellten und Arbeiter erhalten pro 1908 wieder die gleiche Teuerungszulage von 50 Frank für Ledige und 100 Frank für Verheiratete wie 1906 und 1907. Die hierfür erforderliche Summe beträgt 1 850 000 Frank.

England.

Zur politischen Lage.

London, 14. Dezember. (Eig. Ber.) Obwohl die Rede des Premierministers im National-Liberalen Klub sich mehr in Allgemeinheitsbewegte, so werden doch jetzt nach und nach die detaillierten Maßnahmen bekannt, die die liberale Regierung im Kampfe gegen das Oberhaus sowie zum Zwecke der Wiederherstellung ihres moralischen Ansehens bei der Wählerschaft zu ergreifen gedenkt. Um das folgende zu verstehen, ist es nötig, die Vorbemerkung zu machen, daß das Unterhaus die Staatsfinanzen so vollständig beherrscht, daß die Lords verfassungsmäßig kein Recht haben, Finanzgesetze oder auch nur Vorlagen, die hauptsächlich finanzieller Natur sind, abzulehnen. Es hat bis jetzt gegolten, daß in Finanzsachen das Vetorecht der Lords nicht angewandt werden kann. Von diesem konstitutionellen Mißbrauch will jetzt die Regierung ausgebehalten Gebrauch machen.

Der nächste Etat wird mit einem Defizit zu rechnen haben, da die wirtschaftliche Krise einen Rückfall in den Staatseinnahmen verursacht. Die Regierung muß demgemäß nach neuen Einnahmequellen suchen. Als freihändlerische Regierung kann sie zur Verteuerung der Lebensmittel nicht greifen. Sie wird vor allem die besitzenden Klassen stärker heranziehen. Und zwar wie folgt:

1. Höhere Besteuerung der Bodenwerte: Die gegenwärtig geltenden Bodensteuern beruhen auf Schätzungen, die — man höre und staune — aus dem Jahre 1892 stammen. Sie belaufen sich jetzt auf rund 1 Million Sterling. Die Regierung wird eine neue Schätzung vornehmen lassen, die eine Steuer von mindestens 12 Millionen Pfund Sterling abwerfen dürfte.

2. Höhere Schankzinsabgaben: Im Durchschnitt beträgt jetzt die jährliche Abgabe für eine Schankzins 20 Pfund Sterling. Sie soll auf mindestens 100 Pfund Sterling erhöht werden, um auf diese Weise eine Befreiung der minder rentablen und deshalb schlecht ausgestatteten Schankhäuser zu erzielen, — also eine Reform durchzuführen, die die Lords durch ihre Ablehnung der Schankvorlage unmöglich machen wollten.

3. Absetzung der Einkommensteuern: Einkommen von 10 000 Pfund Sterling und darüber sollen Zusatzsteuern zahlen.

4. Erhöhung der Erbschaftssteuern: Hinterlassenschaften, die eine Million und darüber betragen, sollen 15 Prozent Steuern entrichten.

Veranst. Redaktionen: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil bezahlbar: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Abgegeben von der Erhöhung der Schankzinsabgaben, die auf die Konsumenten abgewälzt werden können, hat diese Finanzpolitik ohne Zweifel einen demokratischen und sozialpolitischen Charakter.

Die Oberhausfrage muß tatsächlich akut geworden sein, wenn schon in schaujägerisch-imperialistischen Kreisen eine Reform verlangt und auch vorgeschlagen wird. Dieser Reformvorschlag ist interessant und verdient erwähnt zu werden: er besteht in nichts geringerem als im Referendum. Im Falle einer tiefen Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Häusern des Parlaments soll die Frage an die Wähler des Landes gewiesen werden: das Volk soll durch Abstimmung über die streitigen Punkte entscheiden. Der Vorschlag ist torj-demokratisch. Das Oberhaus soll weiter in jetziger Form bestehen bleiben, nur soll — dem demokratischen Prinzip gemäß — das Volk das letzte Wort haben. —

Der Achtstundentag.

London, 15. Dezember. Das Oberhaus nahm die zweite Lesung der Gesetzesvorlage über den achtstündigen Arbeitstag der Vergarbeiter mit 121 gegen 44 Stimmen an, doch kündigte Lord Lansdowne mehrere wichtige Amendements an. —

Türkei.

Sympathieausdrückungen.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus erbat und erhielt Präsident Weizsäcker die Ermächtigung des Hauses, an den Präsidenten des türkischen Parlaments ein Telegramm zu richten, in welchem diesem Parlamente der Ausdruck der warmsten Sympathie und die besten Wünsche für eine erfolgreiche Tätigkeit ausgesprochen werden.

Ebenso nahm das ungarische Abgeordnetenhaus einen Antrag einstimmig an, durch den Präsident Jusch beauftragt wird, aus Anlaß der epochenmachenden historischen Umgestaltung das türkische Reich zu begrüßen und ihm die aufrichtigen Glückwünsche des Hauses auszusprechen.

Der deutsche Reichstag ist natürlich wieder einmal vertagt und verstimmt, während sogar die russische Duma das türkische Parlament begrüßt hat. —

Amerika.

Die Komödie der Trübsalbekämpfung.

New York, 15. Dezember. Das Bundesgericht hat in einem von der Regierung gegen die American Tobacco Company und andere Gesellschaften angestrenzten Prozesse ein Urteil gefällt, demzufolge die Verklagten für schuldig erklärt werden, den Tabakhandel monopolisiert und einen ungesetzlichen Ring gebildet zu haben. Das Urteil verbietet den in Frage kommenden Gesellschaften jede auswärtige oder zwischenstaatliche Handelsstätigkeit so lange, bis die Konkurrenz zwischen ihnen wieder hergestellt ist. Die Regierung wurde mit ihrer Forderung, Receivers für die Gesellschaften zu ernennen, abgewiesen. Die Streitfrage wird noch den obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten beschäftigen.

Venezuela.

Gegen Castro.

New York, 16. Dezember. Aus Caracas wird gemeldet: Infolge des Vorgehens der holländischen Kriegsschiffe kam es hier vorerstern zu Revolten und Plünderungen, bei denen auch Eigentum von Freunden Castros geplündert wurde. Das Standrecht ist proklamiert worden, es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Kundgebungen, die von der Menge veranstaltet wurden, richteten sich nicht gegen Holland, sondern gegen Castro und Gomez. Fremde wurden nicht belästigt. Heute erneuerten sich die Kundgebungen gegen Castro. Eine wütende Menge durchstreifte die Stadt, zertrümmerte die in den Klubhäusern und in anderen Gebäuden befindlichen Bilden des Präsidenten und verbrannte auf der Straße unter Jubelgeschrei die ihn darstellenden Bilder. Die Polizei ließ die Menge gewähren.

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.

Aus Sachsen wird gemeldet: In Reddingen wurden zum ersten Male zwei Sozialdemokraten in den Gemeinderat gewählt. — In Ebersdorf wurden in der Klasse der höchstbesteuerten Unanfähigen zum ersten Male zwei Sozialdemokraten gewählt. Die Nationalliberalen erlitten eine gründliche Niederlage. — Einen glänzenden Sieg errangen unsere Genossen bei der Gemeinderatswahl in Königswalde. Ihre beiden Kandidaten erhielten 146 und 127 Stimmen, die Gegner 65 bis 56.

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister. In Haingrund bei Gößnitz, einem kleinen Odenwaldörschen, wurde ein Sozialdemokrat, ein Tagelöhner, zum Bürgermeister gewählt. Der Fall steht bis jetzt im Odenwald einzig da.

Von der Auslandspresse. Die Redaktion und die Administration des „Golos Sozialdemokrata“ („Stimme der Sozialdemokraten“) bittet, alle Sendungen (Briefe, Geld, Artikel, Zeitungen usw.) für den „G. S. D.“ an folgende Adresse zu richten:

Paris XIV (France), Bureau de Poste, Avenue d'Orleans, Boite N 1.
Die frühere Adresse: Expéditeur Paul Agelrod, Cafe Plainpalais, Genf (Schweiz), ist nicht mehr gültig.

Gewerkchaftlichen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gärtler!

Von einer ausländischen Firma werden Gärtler gesucht. Da es sich darum handelt, Arbeitswillige zu bekommen, ersuchen wir, derartige Angebote unberücksichtigt zu lassen.
Deutscher Metallarbeiter-Verband (Obersverwaltung Berlin).

Der Brauererarbeitenverband

hat für seine Berliner Mitgliedschaft eine nötige Reorganisation vorgenommen. In derselben nahmen am Sonntag zwei Versammlungen Stellung, von denen die eine für die bisherige Sektion I in freier Festhalten, die andere für die Sektion II bei Voelter in der Weberstraße stattfand. In beiden Versammlungen erläuterte der jeweilige Vorsitzende die von den beiden Vorständen der Sektion I und II aufgestellten Leitfäden, die für die am 1. Januar vorzunehmende Verschmelzung der beiden Sektionen zu einer einheitlichen Zahlstelle des Brauererarbeitenverbandes Groß-Berlin maßgebend sein sollen.

Die Organisation soll künftig in Gruppen, und zwar die Gruppe der Brauer und deren Hilfsarbeiter, die Gruppe der Maschinenführer und Handwerker und der Hilfsarbeiter, die Gruppe des Fahrpersonals (einschließlich Automobilfahrer) und der Stalleute, die Gruppe der Flaschenhersteller und Diverse. Jede Berufsgruppe erhält eine Leitung, bestehend aus einem Obmann und vier Beisitzern.

Das Lokalsterbegeßel in Höhe von 50 M. wird für alle Berufsgruppen eingeführt.

Die Ortsverwaltung besteht aus dem engeren und dem erweiterten Vorstand. Der engerer Vorstand setzt sich zusammen aus den im Statut vorgesehenen sechs Personen und fünf Beisitzern.

Der erweiterte Vorstand besteht aus dem engeren Vorstand und den Gruppenleitungen. In jedem Quartal findet eine gemeinsame Mitgliederversammlung statt. In den anderen beiden Monaten werden Gruppenversammlungen abgehalten.

Die Urabstimmung über die Verschmelzung findet in der Zeit vom einschl. 15. bis einschl. 19. Dezember 1908 statt. Arbeitslose Mitglieder stimmen im Bureau. Die Fällung der Stimmentzeit erfolgt im Bureau am 20. Dezember d. durch eine fünfgliedrige Kommission. Beide Versammlungen stimmten den Vorschlägen zu. — Leider mußte auch in beiden Versammlungen wieder Klage geführt werden über Einstellung von Brauereiarbeitern ohne Benutzung des Arbeitsnachweises. Die Direktion der Löwenbrauerei in Hohensteinhausen scheint nichts davon zu wissen, daß 190 Brauer in Berlin arbeitslos sind, denn sie holte einen Brauer aus Italien. Die Unionsbrauerei, deren Direktor, Herr Bonwit, langjähriges Mitglied des Kuratoriums des Arbeitsnachweises des Vereins der Brauereiarbeiter ist, hat wiederum zwei Brauer ohne Benutzung des Arbeitsnachweises eingestellt. Herr Bonwit, der in seiner Eigenschaft als Kuratoriumsmitglied zugleich Arbeitgeberbeisitzer des Einigungsamtes ist, hat an dem Beschluß mitgewirkt, wo einer anderen Brauerei aufgegeben wurde, die „Prozentabstimmungen“ loyal zu handhaben. Aber im eigenen Betriebe folgt nach dieser Richtung hin zu verfahren, erachtet sich der Direktor der Unionsbrauerei, Herr Bonwit, nicht für verpflichtet.

Achtung, Töpfer!

Folgende Firmen sind als gesperrt anzusehen: Paul Witt, Van Straße 23a, an der Sidmanstraße, und Fritz Krüger u. Julius Bässow, Van Niddorf, Oberlandstraße. Vordennannte Beschäftigten Wilde (Hirsche) und zahlen unter dem Tarif. Weiter die Firma Paul Habel u. C. Frieze, Van Reuterstraße, Niddorf. Habel hat sich jetzt erst Frieze zum Kompagnon genommen, weil es ihm schwer fällt, Gesellen zu erhalten. Beide (Hirsche) wollen auch nicht mehr bei ihm arbeiten, da sie Lohnunterschiede mit ihm haben. Er möchte ja nun mit Organisierten arbeiten, will aber die altdeutschen Stubendöfen nur für reich bezahlen.

Deutsches Reich.

Noch eine Weihnachtsausperrung.

Aus Friedland wird gemeldet: Ein mehr als sonderbares Weihnachtsfest ist bei der Firma Salzmann u. Co. Beschäftigten Arbeitern zuteil geworden. Vor acht Tagen erhielten sämtliche Arbeiter ihre Kündigung, da der hiesige Betrieb eingestellt wird, so daß alle, denen es nicht gelingt, in einem anderen Betriebe unterzukommen, am Sonnabend vor dem Fest der Liebe arbeitslos auf der Straße liegen. Daß man den Betrieb gerade jetzt stilllegt, soll seinen Grund darin haben, daß man hofft, jetzt gerade leichter einen Teil der Beschäftigten durch die Not dazu zu bewegen, nach Deberan in Sachsen überzusiedeln, wo die Firma einen neuen Betrieb errichtet hat, und welchem es an Arbeitskräften mangelt. Der Nachtvertrag des hiesigen Betriebes läuft noch bis 1. Juli 1909, und die Arbeiter betrachten deshalb die Stilllegung in gegenwärtiger Zeit als eine Brutalität schlimmster Art, die sich durch sich selbst kennzeichnet. Sie ist auch tatsächlich ein Schulbeispiel dafür, daß der Kapitalismus keine Rücksicht kennt und nur seine eigenen Interessen verfolgt, ganz gleich, ob dadurch Hunderte von Arbeitern dem Hunger und Elend preisgegeben werden.

Leider hat auch der größte Teil der Arbeiter veräußert, sich rechtzeitig dem Textilarbeiterverbande anzuschließen, um sich den Bezug der Arbeitslosenunterstützung zu sichern. Hoffentlich nehmen sich die Arbeiter diesen Fall zur Lehre und holen das Veräußerte in Zukunft nach.

Wie die Bergarbeiter ausgepeitscht werden.

Auf Reche Massen wurde am Montag, am Tage der Bergarbeitergewerkschaftswahl, durch Anschlag bekannt gegeben, daß vom 1. Januar 1909 an eine 12 1/2 prozentige Lohnkürzung in Kraft treten wird.

Auf der benachbarten Grube Königshorn wurde am selben Tage bekannt gegeben, daß vom 1. Januar 1909 ab eine Erhöhung der Miete für Rechenwohnungen erfolgen wird. Familien, die erst längere Zeit in der Kolonie wohnten, zahlten bisher 150 M. Miete; ihnen wird der Mietzins auf 168 M. gesteigert. Die alten Vergleute, die schon längere Zeit dort wohnten, zahlten bisher 120 M.; auch ihnen wird der Betrag auf 168 M. erhöht.

Beide Rechen liegen im Kreise Hamm, nicht allzu fern von der Unglücksgrube Radbod. Zur Sicherung des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter wird gar nichts getan, das Risiko der Arbeiter steigt fortwährend, aber die Löhne werden gekürzt. Rechnlich wie auf Massen und Königshorn liegen die Verhältnisse im ganzen Revier. Feiertagskürzungen und Lohnkürzungen einerseits, Steigerung der Preise für Lebensmittel und der Wohnungsmieten andererseits.

Die Polizei und das Reichsvereinsgesetz.

Die Polizei zu Mülhausen i. El., hat am Sonntag zum zweiten Male in vierzehn Tagen sofort nach der Eröffnung eine öffentliche Versammlung für Transportarbeiter aufgelöst, vom Deutschen Transportarbeiterverbande einberufen worden war und in der der Gauleiter des Verbandes über die Frage referieren sollte: „Was bietet uns die Regierung?“ (Erörterung der Erhebungen im Transportgewerbe und der Vorschläge des Beirats für Arbeiterstatistik.) Die Auflösung erfolgte in beiden Fällen (30. November und 18. Dezember), weil der Einberufer der Versammlung mit der Erklärung, daß nur gewerkschaftliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, die polizeiliche Überwachung der Versammlung nicht duldet. Es ist, um die Regierung zur Stellungnahme zu nötigen, Beschwerde an den Bezirkspräsidenten eingelegt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die türkischen Wahlen.

Konstantinopel, 16. Dezember. (Meldung des Wiener L. Z. telegraphischen Korrespondenz.) Bis hierher liegen Meldungen über 206 Wahlen vor. Es wurden gewählt 161 Mohammadaner, darunter 105 Türken, 28 Araber, 24 Albanesen, 3 Kurden; 41 Christen, darunter 23 Griechen, 9 Armenier, 4 Bulgaren, 3 Serben, ein Dalmate, ein Maronit; ferner 3 Israeliten, ein Druse. Aus 15 arabischen und kurdischen Sandshahs sowie aus Dibre ist noch keine Meldung über das Wahlergebnis eingegangen. In Konstantinopel sind bisher über 190 Abgeordnete eingetroffen, von denen circa 80 ausgesprochene Jungtürken und ebenso viele Anhänger des jungtürkischen Komitees sein sollen. Das heutige Amtsblatt veröffentlicht das endgültige amtliche Programm für die Eröffnung des Parlaments. Die Fahrt des Sultans soll, Zeitungs-nachrichten zufolge, über Pera erfolgen. Die außerordentliche Beschränkung der Parlamentariermacht macht sich unangenehm fühlbar. Dieser Rangel wird im Verein mit dem Umstand, daß die Einrichtung des Parlaments und der innere Dienst nur mangelhaft oder noch gar nicht organisiert sind, die parlamentarische Verantwortlichkeit außerordentlich erschweren.

Gepländerter Eisenbahnsung.

Sofia, 16. Dezember. (B. G.) Der gemischte Lokalsung Sofia-Philippopol wurde des Nachts in der Nähe von Jätimant von Mäubern überfallen. Diese plünderten einen Güterwagen vollständig aus und verschwand spurlos.

Soziales.

Gegen Vermittlungsschwindel.

Ein Lob der sozialdemokratischen Presse von Breslauer Richtern ausgesprochen, das ist gewiß ein Geschick, der Beachtung wert. In Breslau führen nämlich die Berichte seit einiger Zeit einen lobenswerten Kampf gegen das betrügerische „Stellenvermittlungswesen“, bei dem es den Agenten nur auf die Raution ihrer bedauernden Opfer ankommt.

Zum Kölner Arztstreik.

In Köln hielt dieser Tage der stellvertretende Bürgermeister (Beigeordnete) Dr. Fuchs, der die gescheiterten Verhandlungen zwischen den Kölner Krankenkassen und den organisierten Ärzten beider Parteien geleitet hat, einen öffentlichen Vortrag über Krankenkassenwesen, wobei er auch den Kölner Arztstreik erwähnte.

In der Diskussion stellte ein leitendes Mitglied des Kölner Ärztevereins, Dr. Albersheim, in Aussicht, daß noch dem 1. Februar kein Kassemittelglied mehr von den Mitgliedern des Vereins behandelt werde, auch nicht, wenn es die Einzelleistung selbst bezahle.

Der Sekretär des Krankenkassenverbandes, Herr Brägel, wies auf die ungeheure Belastung der Kassen durch die „freie Arztwahl“ hin; bei einer Verdoppelung der Mitgliederzahl habe sich die Ausgabe verdreifacht.

Im übrigen sei noch erwähnt, daß die Kölner Krankenkassen dem angeklagten, von ihnen nicht geluchten und nicht verdiensteten Kampf mit Ruhe entgegensehen können, da sie sich eine genügende Zahl von Ärzten durch Vertrag gesichert haben.

Die Vorlesung in Köln und an anderen Orten reden eine berechtigte Sprache für die Dringlichkeit, Ärzten, die ja heute das Privileg der Behandlung haben, gesetzlich die Verpflichtung zur Ausübung ihres Berufs aufzulegen oder zum System der staatlichen Anstellung und Befolgung der Ärzte überzugehen.

Kleines Feuilleton.

Zwei Heilige. Der römischen Kirche geht es in Frankreich recht schlecht, seitdem Pius X. die ihr vom Staat dargebotene ganz angenehme Situation ausgeschlagen hat. Besonders die Landgeistlichen, die nicht in feudalen oder getauften finanzjüdischen Familien schmökern können, sind übel daran, weil auch die bigotte Bäuerin nicht gern ihren Sparstrumpf aufmacht.

Rußland.

Merorten rüsten sich die Gesangs- und Konzertvereinigungen zur Feier der 100jährigen Wiederkehr von Felix Mendelssohn-Bartholdys Geburtstag (3. Februar 1809). Auch in Berlin wird es solche Feiern in Halle geben; nicht nur die großen Chordereinigungen (Vilsharmonischer Chor, Sing-Akademie, Singscher Gesangsverein) haben im Januar und Februar Mendelssohnische Werke auf ihrem Programm.

Verwaltungsgerichts einen expressiven Terrorismus gegen Ärzte geübt, die es wagten, Hilfsbedürftigen den von ihnen geschlossenen Verträgen entsprechend mit ihrer ärztlichen Kenntnis beizustehen und sind in diesem abseits des Gemeinwohls liegendem Bestreben leider auch, wie auch das Oberverwaltungsgericht hat anerkennen müssen, selbst von Behörden in einer dem Gesetz zuwiderlaufenden Weise unterstützt.

Auf dem Wege zur Arbeitslosenversicherung.

Das Stadtverordnetenkollegium in Frankfurt a. M. lehnte, einem früheren sozialdemokratischen Antrage entsprechend, eine gemeinsame Deputation zur Prüfung der Frage einer kommunalen Arbeitslosenversicherung ein.

Steinwitzer Krankenkassenwahl.

Bei den Krankenkassenwahlen zur Steinwitzer Ortskrankenkasse für Fabrik- und Hüttenarbeiter beteiligten sich zum erstenmal die freien Gewerkschaften.

Die Zunahme der Unfälle im Bergbau.

Die unheimliche Steigerung der Betriebsunfälle im Bergbau hat das Reichsversicherungsamt veranlaßt, von der Knappschaftsberufsgenossenschaft einen Bericht über die Ursachen dieser Vermehrung einzufordern.

Wach-Verein unter Walter Fischer eine recht gute Aufnahme des „Elias“ in der Kaiser-Wilhelms-Gedächtniskirche.

Daselbst Dratorium brachte auch der neugegründete Neue Dratorium-Chor unter Alexander Weinbaum am Montag zur Aufführung und wiederholte es am 14. d. M. in der „Neuen Welt“ unter Mitwirkung des Bläserorchesters und guter Solisten, von denen Elisabeth Döhloff, Paula Weinbaum, Arthur von Ewech mit Auszeichnung genannt seien.

Humor und Satire.

Prinzenrede.

Peter Schlemihl besingt den Speech, den der Hohenzollernsprößling Oskar den Bonner Professoren hielt, also im „Simplissimus“: Was sagt der Jung' zu den Professoren? Er will sich noch in allem bessern und will was lernen; fleißig sein? Und bittet alle im Verein, Sie sollen mit ihm Rücksicht haben.

davon 9328 im Steinkohlenbergbau, 1891 kamen auf 1000 Verletzte 1,96 Unfälle mit tödlichem Ausgang, 1907 aber 2,88. Es hat also, wenn man eine Dauer der Bergarbeit von etwa 25 Jahren annimmt, durchschnittlich jeder zweite bis dritte Bergmann die Aussicht, einmal einen erheblichen Unfall zu erleiden, jeder 17. aber fällt als unmittelbares Opfer seines Berufes.

- 1. Wachsende Vertrautheit der arbeitenden Bevölkerung mit den Bestimmungen der Unfallversicherung.
2. Zunehmende Reigung der Versicherten, Krankheitsversicherungen in Zusammenhang mit einem angeblichen Betriebsunfall zu bringen.
3. Bestreben der Arbeiter, aus jedem Unfall eine Entschädigungsforderung herzuleiten.
4. Scharfe Kontrolle über die Anmeldung der Betriebsunfälle.
5. Angespanntere Tätigkeit der Industrie.
6. Zunehmende Verwendung von Maschinen.
7. Zunehmende Verwendung fremdprädiger Arbeiter.
8. Desgleichen Zunahme ungebürdeter Arbeiter.
9. Der ungeheure Verlesenschaftswandel.
10. Unsolide Lebensweise vieler Arbeiter, wodurch deren Gesundheit und Widerstandsfähigkeit beeinträchtigt würden.
11. Mangelhafte Beachtung von Schutzmaßnahmen durch die Arbeiter, der durch Verjagung der Rente in solchen Fällen vorgebeugt werden könnte.
12. Die „überaus wohlwollende“ Auslegung des Begriffs „Betriebsunfall“ durch das Reichsversicherungsamt.
13. Die äußerst geringen Anforderungen, die dasselbe an den Nachweis des eingetretenen Unfalls stellt.
14. Die geringen Anforderungen, die es an den Nachweis des Zusammenhangs eines Leidens mit dem Betriebsunfall stellt.
15. Die „Aufklärung“ der Arbeiter durch Arbeitersekretariate und dergleichen.
16. Zunehmende Bewilligung von Renten für geringe Verletzungen.
17. Das größere Vertrauen, das den Vergleichen des Schiedsgerichts gegenüber den Gutachten der Knappschaftsärzte geschenkt werde.

Die Bergarbeiter werden gegen den übergroßen Teil dieser „Gründe“ entschieden Protest erheben. Mit Ausnahme der Punkte 6 bis 9 wird hier die Wahrheit geradezu auf den Kopf gestellt, der Ankläger zum Angeklagten gemacht. Die traurigen Ereignisse der letzten Zeit haben gezeigt, wo die Ursachen der Unglücksfälle zu suchen sind.

Notizen.

Theaterchronik. Im Neuen Operetten-Theater erlebte „Die Dollarprinzessin“, Leo Fall melodienpendende Operette, am Dienstag die 200. Aufführung, die ganz prächtig und frisch herauskam. Das Programmbleichlein bot aus diesem Anlaß sehr nette Karikaturen der Hauptdarsteller von E. Edel mit lustigen Versen.
Die Neue freie Volkshöhne bringt diesen Sonntagabend für ihre Mitglieder Jbsens Schauspiel „Ein Volksfeind“ im Schiller-Theater O. zur Aufführung.
Reinhardt in München. Der Direktor des Deutschen Theaters, Max Reinhardt, erhielt vom Münchener Künstlertheater, das auch im nächsten Sommer in seinem eigenen für die diesjährige Ausstellung gebauten Hause spielen lassen will, die Einladung, die Leitung des Theaters zu übernehmen.

im Märchen wird der Goldstrom der Millionäre und „Aufsichtsräte“ durch den Blutstrom der Vergleute gespeist.

Es ist dringend zu fordern, daß das Reichsversicherungsamt nunmehr auch die Arbeiterorganisationen über die Gründe für Zunahme der Unfälle einberuht. Sie werden den Unternehmern die Antwort auf ihre Saisonarbeiten und Verdichtungen nicht schuldig bleiben und dem Reichsversicherungsamt Gelegenheit geben, die Wahrheit zu hören, die über das organisierte Unternehmertum — und anderes sind die Berufsgenossenschaften ja nicht — stets verzeihen wird.

Stadtwartung und Bekämpfung der Schwindsucht.

Die Stadt Köln hat anlässlich des 80. Geburtstages des Reichs- und Kerkzuges sehr lebhafte Bestrebungen für ihr neuverbautes Krankenhaus im Vorort Lindenthal gemacht. In der umfangreichen Festschrift wurde den vorzüglichen Einrichtungen zur Bekämpfung der Tuberkulose das höchste Lob gespendet. Jetzt stellt sich heraus, daß man die Desinfektion nur unzureichend hat. Es ist jetzt beschlossen worden, die Lungentuberkulose nach Köln ins August-Hospital zu bringen. Daß diese Anstalt aber ganz unzulänglich für diesen Zweck ist, ersieht man schon daraus, daß sie in der unmittelbaren Nähe eines Bahnhofs liegt, der eine tägliche Frequenz von 200 Zügen hat. Die Kölner Stadtwartung ist sich der Unzulänglichkeit des August-Hospitals für diesen Zweck auch durchaus bewußt, es doch schon in der erwähnten Festschrift zu lesen, daß man die Kranken deshalb nach Lindenthal verlege, weil es „mit der guten Luft dort (im August-Hospital) nicht so weit her sei“.

Die städtische Verwaltung hat bei jeder der Desinfektion keine Auffklärung gegeben. Geschicklich dies nur deshalb nicht, weil es sich „nur“ um Arbeiter handelt?

Aus Industrie und Handel.

Die agrarische Zollschranke.

Als im Laufe des Jahres 1906 die im März desselben Jahres in Kraft getretene Erhöhung des Getreidezolles nicht allseitig ihre Wirkungen zeitigte, da fanden sich in der bürgerlichen Presse vorwiegend Stimmen, welche schroffend diese Zölle als einen Beweis hervorhoben, daß die agrarische Politik auf dem Holzwege sei. Es ist selbstverständlich, daß sich die Wirkung der Zoll-Erhöhung nicht sofort zeigen kann, und verschiedene Umstände, auf die feinerzeit auch von unserer Seite hingewiesen wurde, haben damals die Stauung des Getreideverkehrs verlangsamt und einen etwas schroffen Liebergang hindergelassen. Aber schon das Jahr 1907 begann mit verhältnismäßig hohen Preisen für Brotgetreide, auch Hafer war teurer als in früheren Jahren. Die durch hohe Einzugszölle geschützte deutsche Körnerproduktion, welche in den letzten Jahren einen guten Aufschwung genommen hat, erzielte im Vorjahre ein Resultat, wie es sich für agrarischen Vorkämpfer wohl nie hätten träumen lassen. Der Getreidemittelwert erwies sich als ein unübertreffliches Mittel, um den Exportstrom aus Amerika, Kanada usw. zu brechen. Dazu kam die relativ günstige Ernte, ferner der wegen bedeutender Wintererträge der Vereinigten Staaten von Amerika und Rußlands enorm gesunkenen Weltmarktpreis. Schätzungsweise ist der Getreidewert der deutschen Ernte in den vier Hauptartikeln Weizen, Roggen, Gerste und Hafer pro 1907/08 gegen 1906/07 um 600 Millionen und gegen 1906/09 sogar um 1820 Millionen Mark gestiegen. Hierzu wäre noch die bedeutende Wertvermehrung der Kartoffeln, Rübenrüben sowie von Heu, Luzerne, Samenartikeln und Obst zu rechnen. Die Winterernte an Brotgetreide (328 000 Tonnen = 2,3 Proz.) ward den Agrariern durch die Zoll-Erhöhung mehr als reichlich kompensiert, ganz abgesehen davon, daß in Sommerernte und Hafer die größte Ernte seit 1893 sich ergeben hatte (gegenüber 1906 ein Plus von 1 101 195 Tonnen = 9,8 Proz.) und daß auch in Kartoffeln eine Mehrernte (von 1 351 330 Tonnen = 8,3 Proz.) erzielt wurde.

Im Jahre 1908 hat dieser Prozeß der Wertvermehrung eine weitere Fortsetzung erfahren. Ist doch nach amtlichem Bericht die diesjährige Ernte in Preußen quantitativ und, wie allgemein verlautet, auch qualitativ glänzend ausgefallen. Bei Kartoffeln sind beispielsweise die Ertragsleistungen von 7,5 Proz. im Vorjahre auf 9,5 Prozent zurückgegangen, während gleichzeitig die Erntemenge um über 1 Million Tonnen gestiegen ist. Der Weizen nach der letzten Ernte der vorjährigen gegenüber zusammengenommen: bei Winterweizen von 1 450 250 Tonnen auf 2 064 241 Tonnen, bei Winterroggen von 3 106 001 Tonnen auf 3 110 116 Tonnen, bei Kartoffeln von 3 106 476 Tonnen auf 3 187 584 Tonnen, bei Rübchen von 5 100 818 Tonnen auf 7 308 318 Tonnen, bei Luzerne von 474 879 Tonnen auf 563 493 Tonnen und bei Wiesheu von 12 238 803 Tonnen auf 13 867 556 Tonnen. Bei Sommerweizen und Roggen ergeben sich kleine Rückgänge, die das Gesamtergebnis aber gar nicht beeinflussen. Und die Agrarier dürfen außerdem hoher Getreidepreise sicher sein. Trotz aller Schwankungen, die die wechselnden Meldungen von dem Stande der Welt- und im Anschluß daran die Spekulation der Händler hervorriefen, haben heute die Preisstände eine Preisstabilität erreicht, die den Agrariern das Herz im Leibe lachen lassen kann. Während nicht alle Kreise der Öffentlichkeit von den schweren Sorgen um den Weltfrieden in Beschlag genommen sein, dann könnte die gegenwärtige Preislage der wichtigsten Getreidesorten nicht unberücksichtigt bleiben. Und nicht nur in Deutschland, auch in Oesterreich haben die Preise ein Rückgang erlitten, das österreichische ist. Wie gründlich sich die Verhältnisse im letzten Progenium geändert haben, geht unter anderem aus folgendem Umstande hervor: Einst erschienen deutsche Händler in Wien, um österreichisch-ungarisches Getreide zu kaufen; jetzt besuchen sie — zum erstenmal! — den Wiener Markt, um deutsches Getreide zu verkaufen. Diese kolossale Preissteigerung trotz nicht minder großer Steigerung des Produktionsergebnisses — wie ist der Widerpruch zu erklären?

Deute ist der Bollzug in den Getreidewerten zum vollen Ausdruck gelangt, und nur ein gänzlicher Umschwung auf dem Getreideweltmarkt vermag die Preise unter die Zollgrenze herabdrücken. Sollte dies aber auch geschehen, was dauernd kaum möglich ist, dann würde der agrarische Ring, der sich in den letzten Jahren ungemein gefestigt hat, gewiß alle Feibel in Bewegung setzen, um den Mißschlag abzuwehren. Die Landwirtschaft verfügt heute über eine wesentlich verbesserte Kredit- und Absatzorganisation, der Landwirtschaft hat es nicht mehr nötig, unmittelbar nach der Ernte den größten Teil seines Produktes zu Geld zu machen. Raiffeisen- und andere Klassen, landwirtschaftliche Genossenschaften helfen ihm und bewahren ihn davor, seine Verkäufe dem Geldbedarfe anzupassen. Die Agrarier können sich auf ihre Organisation, die einem Industrieland nichts nachgibt, verlassen, wenn einmal das unerwartete Ereignis werden und die Zollschranke versagen sollte. Vorläufig arbeitet sie noch mit voller Kraft!

Fusion im Rheinisch-Westfälischen Kohlenbergbau. Wie die „Rheinisch-Westfälische Kohlenbergbau“ mitteilt, steht eine Fusionierung der Mannheimer Lagerhausgesellschaft, der Mannheimer Dampfkraftwerksgesellschaft und der Rheinisch-Westfälischen Kohlenbergbau, Köln, in Aussicht. Dabei beteiligt sind Bankhäuser der Rheinischen Kreditbank, der Sächsischen Disconto-Gesellschaft, Mannheim, sowie die Firma Reichmann u. Co. in Köln.

Arbeits für die Eisenindustrie. Das Verlangen des Stahlwerksverbandes, der Minister der öffentlichen Arbeiten solle Vorbestellungen auf Eisenbahnmateriale machen, hat Erfolg gehabt. Der Reichsbedarf der preussischen Staatsbahnen an eisernen Oberbaumaterialien für das nächste Etatsjahr, der in früheren Jahren immer erst zu einem späteren Zeitpunkt bestellt wurde, soll schon jetzt dem Stahlwerksverbande zur Unterverteilung auf die Werke in Auftrag gegeben werden.

Wirkung des Boykotts österreichischer Waren. Der „Oesterreichische Lloyd“ veröffentlicht den Einnahmeverweis für den Monat Oktober. Dieser Monat zeigt einen Ausfall in den Einnahmen von 484 000 Kronen. Von diesen Mindererträgen entfallen 350 000 Kronen auf die Wirkung der Boykottbewegung in der Türkei. Der Boykott hat Anfang Oktober eingeleitet.

Aus der Frauenbewegung.

Vom Kampfe um das Frauenstimmrecht in England.

Von Damen und Herren der höchsten Aristokratie ist in England bekanntlich eine Anti-Stimmrechtliga ins Leben gerufen worden, welche die Suffragettes (sprich: höflichkeits, mit dem Ton auf der ersten Silbe), die Frauenstimmrechtlerinnen mit Aufbietung ihres ganzen, sehr beträchtlichen Einflusses bekämpft und mit reichen Geldmitteln eine ausgiebige Agitation gegen sie entfaltet. Auf dem letzten großen Meeting dieser Anti-Stimmrechtliga waren Lords und Ladies und Grafinnen zahlreich erschienen, alle einhellig, „der politischen Bekämpfung der Frau äußersten Widerstand entgegen zu setzen“. Die Gräfin Bessie führte in dieser vornehmen Versammlung den Vorschlag. Ein Parlamentarier, Mr. Vertram, tat in einer Rede den bemerkenswerten Ausdruck, daß das bestehende Wahlrecht mit derselben männlichen Kraft, ja, wenn man will, mit derselben Brutalität aufrecht erhalten werden sollte, wie in anderen Ländern.

Will das freie England etwa zu rassistischen Praktiken greifen? Auf dem Wege dazu scheint es bereits zu sein. Gewaltmaßnahmen gegen die Führerinnen der Frauenwahlrechtsbewegung sind an der Tagesordnung. Man lertert sie ein, weil sie angeblich Unruhe stiften und das Volk zur Ungehorsamkeit aufreizen. Viele von ihnen sind bereits zwei- und dreimal im Gefängnis gewesen und haben zum Teil Schaden an ihrer Gesundheit erlitten. Die englische Arbeiterbewegung „The Women Worker“ schildert in ihrer Nr. 27 ausführlich die unwürdige Behandlung, welche man den auf Grund der Befehle verurteilten Frauenstimmrechtlerinnen zuteil werden läßt. Die Suffragettes werden nicht als politische Gefangene behandelt, sondern genau so wie andere, die wegen Trunksucht, Diebstahls oder schlimmerer Dinge eingesperrt werden.

Trotz alledem führen die englischen Frauenstimmrechtlerinnen ihren Kampf um das Stimmrecht nach wie vor mit äußerster Mühseligkeit und Zähigkeit. Es ist ihnen gelungen, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Frauenstimmrechtsfrage zu lenken, so daß jeder Regierungspartei, für oder wider sie Stellung zu nehmen. Weiter geht unsere Anerkennung ihres energiegelassen Kampfes aber nicht, und keinem Ziele müssen wir unsere Zustimmung verweigern. Mit doch der Kampf der Suffragettes zurzeit nicht der vollen politischen Befreiung der Frau, sondern nur der Erringung politischer Rechte für eine dünne Schicht von Frauen der bestehenden Klassen. Das ist der springende Punkt, an dem die Kritik gegen die Suffragettes einsetzen muß.

Lesenabende.

Genossinnen des ersten Kreises! Morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Engel, Seidelstr. 30: Heinrich Heine-Abend. Vortrag, Rezitationen usw.

Gerichts-Zeitung.

Ehe und Adel.

Einen Einblick in die Mystorien des Ehehandels gewährte ein Prozeß, der am Dienstag vor dem Reichsgerichte verhandelt wurde. Vom Landgericht II in Berlin ist am 8. Juli der Agent Hermann von Behren wegen schwerer Hehlhandlung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er beschäftigt sich hauptsächlich mit der Vermittlung von Ehen, wobei er sich von den Herren 2-3 Proz. des Vermögens der Damen als Provision versprechen läßt. Seine Spezialität scheint es zu sein, adlige Heirat mit „unehelichen“, aber vermögenden Frauen zu vermitteln. Vor einigen Jahren wandte sich der damalige Landwirt von A. — er gehört einem bekannten Geschlechte an — mit dem Wunsche an den Angeklagten, ihm eine reiche Frau zu verschaffen. Wie üblich, mußte er ihm einen Ehrenschein und zwei Blankowechsel ausstellen. Es fand sich keine Dame mit dem gewünschten hohen Vermögen. Als sich dann später ein Frä. E. mit nur 30 000 M. Vermögen an den Angeklagten wandte, um einen adligen Gatten zu bekommen, vermittelte v. Behren zwischen beiden die Ehe. Nachdem das Paar verheiratet war, füllte v. B. die Wechsel gegen die Verabredung aus und setzte sie in Verkehr. — Seine Revision gegen das erwähnte Urteil wurde vom Reichsgericht verworfen.

Nach seiner Entlassung aus der staalklichen Herberge wird der ablige Agent sein eintägiges Geschäft, adligen Kämpfern für die Heiligkeit der Ehe bürgerliche Schätze zuzuführen, mit ausgerüsteten Kräften fortsetzen.

Wo man frisst, da laß dich ruhig nieder, Böse Menschen haben keine Pieder.

So sagt der Volksmund in Umwandlung der Seumeischen Verse. Anders die königlich-preussische, kaiserlich-deutsche Justiz, die Pieder für aufreizend und strafbar erachtet. Das bewies wieder am Dienstag das Reichsgericht.

Wegen Vergehens gegen § 130 Str.-G.-B. ist am 22. August vom Landgerichte Gleiwitz der Bankkassierer Karl Pich zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Im Juli 1907 fuhr er mit mehreren Hundert Katholiken aus Oberschlesien nach Krakau zum Peter Paulstische. In einem Klosterergarten verkaufte der Angeklagte an seine oberbischöflichen Genossen etwa 200 Stück eines polnischen Liederbuches, dessen erste Auflage schon vom Landgerichte Thorn beanstandet worden war, weil mehrere aufreizende Pieder darin standen.

Die Wiederherstellung des Königreiches Polen durch Gewalt (Herr I) ist der Inhalt der Pieder, die jetzt beanstandet worden sind. Die Oberschlesier haben die Bücher mit nach Deutschland genommen. Die aufreizende Wirkung dauerte also, stellt das Gericht fest, in Deutschland fort. Der Angeklagte wußte, daß die Bücher in Deutschland verboten sind. — Das Reichsgericht verwarf die Revision des Angeklagten, da die Tat sowohl im Auslande als im Inlande begangen ist. Wenn der Angeklagte etwa im Auslande wegen der hier fraglichen Tat schon bestraft sei, so komme das nicht in Betracht. Dem der Grundsatz so bis in idem (wegen derselben Tat ist nur ein mal eine Strafe zulässig) beziehe sich nur auf inländische Verichte.

Verfammlungen.

Die Parteiführer beschäftigten sich in einer in der vergangenen Woche abgehaltenen Versammlung mit der Durchführung der tarifmäßig festgelegten Vereinbarungen in den einzelnen Betrieben. Bei den meisten Firmen sind, wie der Referent Hauptmann in mittlelte, die Bestimmungen des Tarifs bewilligt, nur zwei Unternehmen sträubten sich vorerst noch gegen die im Tarifvertrage festgelegte Bestimmung, nach der auf alle Artikel, die bis 1. Oktober ihre Erzeugung gefunden haben, die erhöhten Preise nachzugeben sind. Die beiden wussten erst vom 1. Januar ab die 2 1/2 Proz. zahlen. Die Schlichtungskommission wird sich mit dieser Angelegenheit befassen und zweifellos werden sich auch die beiden Fabrikanne den vertraglichen Abmachungen unterwerfen müssen. Die Lohnbewegung hat immerhin beachtenswerte Vorteile gebracht. So wurden bei einzelnen Firmen auf manche Artikel bis 20 Proz. Aufschlag erzielt, im Durchschnitt berechnet konnte allerdings nur 8 Proz. herons. Zurzeit ist im Parteiführerberufe eine Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, wie kaum jemals zuvor. Zu den katastrophal zusehenden Arbeitslosenunterstützungen haben die Verwaltungen den Mitgliedern noch bedeutende Zuschüsse gewährt. Die wirtschaftliche Depression im Verufe wird aber in nächster Zeit sich noch vernehmen. Die Verhandlung hat nun den Beschluß, über den der „Vorwärts“ schon in Nr. 283 berichtete, gefaßt, dem 1. Januar 1909 ab die Unterstützungsfrage nach den Wünschen des Vorstandes des Sattler- und Parteiführer-Verbandes vereinbarten Festsetzungen, die erst vom 1. Juli 09 ab Geltung erlangen sollten, zu erörtern. Einmal Para-

graphen aus den Statuten werden durch Bestimmungen ersetzt, aus denen wir die zwei wichtigsten wiedergeben:

Die Unterstützung beträgt auf die Zeitdauer innerhalb des ersten Halbjahres 1909 mit Einschluß der in den letzten 82 Wochen erhaltenen Hilfe- und Krankenunterstützung, nach der Entrichtung für diese Zeit fälligen Beiträge,

im Falle der Arbeitslosigkeit

für männliche Mitglieder:	
Wochen	Beitragsleistung
nach 52 Wochen pro Tag	1.— M. bis 42 M. = 42 Tage
" 104 " " " "	" 1.— " " " 42 " = 42 "
" 156 " " " "	" 1,25 " " " 54 " = 44 "
" 200 " " " "	" 1,50 " " " 66 " = 44 "
für weibliche Mitglieder:	
nach 52 Wochen pro Tag	0,75 M. bis 30 M. = 27 Tage
" 104 " " " "	" 0,75 " " " 30 " = 40 "
" 156 " " " "	" 1.— " " " 40 " = 40 "
" 200 " " " "	" 1,25 " " " 50 " = 40 "

Erwerbslosenunterstützung bei Krankheitsfällen. S. Kranken (erwerbsunfähigen) Mitgliedern kann nur am jeweiligen Wohnort eine Unterstützung gewährt werden.

für männliche Mitglieder:	
Wochen	Beitragsleistung
nach 52 Wochen pro Tag	1.— M. bis 42 M. = 42 Tage
" 104 " " " "	" 1.— " " " 42 " = 42 "
" 156 " " " "	" 1,25 " " " 54 " = 54 "
" 200 " " " "	" 1,50 " " " 66 " = 66 "
für weibliche Mitglieder:	
nach 52 Wochen pro Tag	0,75 M. bis 30 M. = 27 Tage
" 104 " " " "	" 0,75 " " " 30 " = 40 "
" 156 " " " "	" 0,75 " " " 40 " = 53 "
" 200 " " " "	" 0,75 " " " 50 " = 67 "

Eine Diskussion fand nicht statt. Feiern und Diskussionsabend „Wilhelm Liebknecht“. Heute abend 9 Uhr bei Stahorn, Danziger Str. 30. Gäste willkommen. Freie Jugendorganisation, Abteilung Wilmers. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Weber, Friedrichstr. 38: Abteilungsversammlung. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Zugzusammenstoß im Tunnel.

Aus Limoges wird gemeldet: Infolge Reichens der Kuppelung fand bei Estrivaug zwischen Limoges und Orléans ein Zugzusammenstoß statt, wobei zehn Personen getötet und fünfzehn verletzt wurden. Der Zusammenstoß erfolgte in einem Tunnel.

Entgleisung. Nach einer Meldung aus Bozen sprang infolge großer Kälte gestern nacht auf der Brennerlinie die Kuppelung eines schweren Lastzuges. Der Zug entgleiste. Zwei Schaffner wurden getötet und zwei schwer verletzt. Der Verkehr war 7 Stunden unterbrochen.

Eine Grubenkatastrophe in Ungarn.

Bio aus einer Meldung aus Resicabanya (Ungarn) herbeibringt, hat sich in einer Kohlengrube bei Doman eine Explosion schlagender Wetter ereignet. Wöcher sind dreizehn Tote geborgen.

Berschütet. Nach einer Meldung der „Schlesischen Zeitung“ aus Laurahütte, sind gestern morgen auf den Rächterhöfen drei Vergleute durch Inbrüche eines Birkes verschüttet worden. Bei den Rettungsarbeiten wurden einer als Leiche, die beiden anderen schwer verletzt geborgen.

Sieben Personen ertrunken. Einer Meldung aus St. Johns (New-Foundland) zufolge wurde ein Boot vom französischen Panzerkreuzer „Admiral Kube“ in der letzten Nacht während eines Schneesturmes bei St. Pierre von einer Sturzsee überflutet und kenterte. Sämtliche Insassen, sieben Personen, sind ertrunken.

10 000 Frauen auf der Kassebank. Ganz Spanien verfolgt mit lebhaftem Interesse den Nieseprozeß gegen 10 000 Frauen, den die Staatsanwaltschaft von Bilbao eingeleitet hat. Im vergangenen Jahre wurde eine junge Bäckerin namens Jesusa Pojana zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie ihren trauolosen Bräutigam ermordet hat. 10 000 Frauen von Bilbao unterzeichneten eine Adresse an die Gefangene, die ihr von Wärdinnen der Stadt überreicht wurde. Der Staatsanwalt sah in dieser Kundgebung eine Beleidigung und hat nun gegen den Verfasser der Adresse, den Redakteur des „Liberal“, sowie gegen sämtliche Unterzeichnerinnen Klage erhoben. Es heißt, daß er gegen den Verfasser vier Monate und gegen die 10 000 Frauen je einen Tag Gefängnis beantragen wird.

Eingegangene Druckschriften.

Die Verebelung der gewerblichen Arbeit im Zusammenhänge von Kunst, Industrie und Handwerk. Verhandlungen des Deutschen Bundes. — H. Holzländer in Leipzig. Franz Albert. Die Bundesstaaten. Ein Damenkreisel. Geh. 4,50 M. — Maurice Renard. Der Doktor Verne. Ein Schauerroman. Deutsch von H. Lantman. Geh. 4,50 M. — Villiers de L'Isle-Adam. Volons. Weib der Zukunft. Roman. Geh. 5 M. — Verlag Hans v. Weber, München. Deklamatorium für Hans und Welt. Herausgegeben von D. Schuy. 788 Seiten. — Box Bessie, Leipzig. Kömliche Akerreligion oder „Frankfurter Kammelen“? Offener Brief an Dr. H. Kauten. Von Dr. Henning Preis 60 Pf. — Neue Frankfurt Verlag, Frankfurt a. M. Der H. Hamann. Reichstagsredaktionen. Nr. 1. Von B. Steinhoff. 50 Pf. — H. Böttcher, Berlin W. 30. Aus dem Warenhaus des Lebens. Band I. Kopsell und Bedichte von B. Adam. 2 B. — E. Streifand, Berlin SW. 68. Webers Juristen-Kalender 1909. 2,50 M. — E. Webers, Berlin W. 35.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Verehelung ausher Lindenthal Nr. 8, zweites Hof, Dritter Eingang, vier Treppen, Redaktions- und Wohnungsbüro beginnt am 7. bis 9. Uhr. Jeden Freitag 7 Uhr Sonntagsbeginn die Ehrenrunde um 6 Uhr. Jeder Freitag ist ein Samstag und eine Zahl auf Viertelstunden betragend. Verleichte Antwort wird nicht erzeit. Bis zur Veranstaltung im Briefkasten können 14 Tage verfahren. Bitte Fragen rasch in der Ehrenrunde vor. P. 2. Die Entziehung der Konzession zum Betriebe des Schankwirtschafts-gewerbes darf nur dann verlangt werden, wenn gegen den nachstehenden Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß er das Gewerbe zur Förderung der Volkerei, des verbotenen Spiels, der Hehlerei oder der Unklarheit mißbrauchen werde und ferner, wenn das zum Betriebe des Gewerbes bestimmte Lokal wegen seiner Beschaffenheit oder Lage den polizeilichen Anordnungen nicht genügt. Bei einer Bestrafung kommt es alle darauf an, ob aus der Straftat ein Rückschlag darauf gerechtfertigt ist, daß die Konzession zur Schankwirtschaft oder zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus zur Förderung der Volkerei usw. mißbraucht werden wird. — P. 5. 5022. 1. Rein. 2. Die Schwärze braucht nicht zu sprechen, dann wird auch weiter nichts erfolgen. 3. Der Betroffene, nicht aber seine Eltern sind zur Zahlung verpflichtet. — Treuer Genosse Westfalen rater Erde. Die Beschwerde wäre an den Landrat zu richten. Eine bestimmte Höhe kennt das Gesetz nicht. Der Kreisaußschuß hätte eventuell darüber zu befinden, um wieviel die Beträge zu erhöhen sind. Schreiben Sie in der zu Händen des Landrats zu richtenden Eingabe an den Kreisaußschuß eingehend die Kollage der Betroffenen. — W. S. Waldenburg. Sie möchten sich an das Gericht wenden, um Auskunft darüber zu erhalten, wie das Regal lautet, an welche Bedingungen insbesondere die Auszahlung geknüpft ist. Ohne Kenntnis dieser Umstände ist es unmöglich zu erkennen, ob und in welchem Umfange Ihnen ein Anspruch zusteht. — R. P. 17. Sie oder den Vater der Kinder, falls ein solcher Fall über eingeleitet ist, werden das Urteil und

den besten Lohn mit Beschlag belegen können. — D. Z. 67. 1. Reht. 2. Die Umkehrung wäre wirkungslos. Jede Uebertragung von Eigentum, die in der Absicht vorgenommen wird, vorhandene Gläubiger zu schädigen, insbesondere also das Uebertragen ihrem Zugriff zu entziehen, ist nichtig. — G. D. 21. Eine junge Frau kann Rückzahlung der Hälfte der für sie gezahlten Versicherungsbeiträge verlangen, wenn vor der Heirat mindestens 200 Mark für sie gestellt sind. Der Antrag ist innerhalb eines Jahres nach der Heirat zu stellen. Es kann also Ihre Frau Rückzahlung verlangen. In Betracht aber kommen nur die vor der Heirat geleisteten Beiträge. Zweitmäßiger als die Rückzahlung zu verlangen, ist es aber, wie wir wiederholt betont haben, weiter zu verhindern. Durch Weiterversicherung bleiben die Ansprüche der Versicherer bestehen, also die Ansprüche auf Rückzahlung und Rückkauf, sowie vor allem die Möglichkeit, in eine Lebensversicherung aufgenommen zu werden und diesen Ablauf der Krankengeldbezüge nach Rückzahlung von Beiträgen vorübergehende Zusatzleistungen zu erhalten. Diese Ansprüche gehen aber verloren, wenn die Versicherten die Beiträge zurückgeben. Sie müßte dann von neuem erst wieder leisten. Zur Weiterversicherung genügt es, daß für je zwei Jahre mindestens 20 Markten gestellt werden. — S. D. 90. Reht. — S. G. W. W. W. W.

Sie auf Ihren Knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fische: Zufuhr Knapp, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr mäßig, Geschäft leblos, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 16. Dezember 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.
Worms	758	SW	3	10	Hagenau	745	SW	4	bedeckt
Darmstadt	757	SW	3	bedeckt	Petersburg	761	SW	2	Schnee
Berlin	758	SW	2	bedeckt	Sibiria	748	SW	1	mäßig
Frankfurt	757	SW	1	halb bed.	Siberien	750	SW	1	mäßig
München	758	D	3	bedeckt	Paris	753	SW	1	bedeckt
Wien	762	SW	2	bedeckt					

Weiterprognose für Donnerstag, den 17. Dezember 1908.
 Etwas neblig, sonst ziemlich heiter und trocken, nachts leichter Frost, am Freitag mild bei mäßigen südlichen Winden.
 Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
 der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 15.12.		am 14.12.	
	am	seit	am	seit
Remel, Elbt.	15.12.	14.12.	15.12.	14.12.
Regel, Oder	302 ²	+6	304 ¹	+1
Regel, Oder	304 ¹	-14	309 ¹	+1
Obere, Oder	70 ²	-5	72 ⁰	0
Krossen, Oder	63	-7	68	+1
Brandenburg, Oder	87 ¹	+1	87 ¹	-8
Barthe, Oder	27	-8	27	-8
Rehe, Oder	4	-1	4	-1
Eibe, Oder	-74	+5	-74	+5
Deuben, Oder	-193	-5	-193	-5
Barbe, Oder	36	+5	36	+5
Flaggeburg, Oder	49	-4	49	-4

1) bedeutet Stund. — 2) Hoch. — 3) Unterwasser. — 4) Grund. — 5) Grundhöhe. — 6) Grundtiefe. — 7) Grundhöhe.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 17. Dezember.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Königlich-Oberhaus. Johann von Paris. Verheiratet.
 Königl. Schauspielhaus. Hamlet. Anfang 8 Uhr.
 Deutsch. Revolution in Schwaben. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
 Kammerstück. Der Arzt am Scheitelpunkt.
 Heibel. Thummelumsen. Verding. Baumknecht Solch. Berliner. Herodes und Mariamme. Neues Schauspielhaus. Rabagas. Komische Oper. Heides und Heilande.
 Neues. Israel. Kleines. Moral. Hoftheater. Kammerspiele um Amelie. Schiller. (Hoftheater. Kleines.) Der Graf von Charolais. Schiller. Charlottenburg. Vater und Sohn.
 Friedrich. Wilhelmshafen. Schiller. Theater. Geringard. Heiden. Der ideale Bauer. Thalia. Immer oben auf. Luffen. Die Kinder des Kapitän Grant.
 Bernhard. Die Entgelten. Wilhelmshafen. Die Entgelten. Von der Bühne. Die blaue Maus. Trianon. Die Heide nach. Neues Operetten-Theater. Die Dollarprinzessin.
 Berliner Operetten-Theater SW. Davona. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Gastspiel-Theater. Demimonde. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Bürger. Schauspielhaus. Ausgewiesen. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Gebrüder. Herrschaft. Die beiden Fingerringe. Vorher: Intern. Kämpferzeit.
 Apollo. Migi Gizi. Siegmund. Gentes.
 Metropole. Donnerwetter — tadellos.
 Wintergarten. Spezialitäten. Davona. Spezialitäten. Kasino. Die Dianabäder. Spezialitäten.
 Reichshallen. Stettiner Sänger. Walhalla. Spezialitäten. Hoftheater. Grand Caprice. Grand Caprice. Lustige Schemann.
 Gaius. Behrens. Der Obersteiger. Spezialitäten.
 Carl. Gaius. Spezialitäten. Parodie. 2. u. 3. Die Jägerzeit. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Urania. Tausendströme. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Sternwarte. Ausstellungen. 67/62

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Tautenstraße 49/49. Abends 8 Uhr: Oberleutnant Weiß: Meine Erlebnisse auf der Innereuropäischen Expedition.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Täglich abends 8 Uhr: „Kümmere Dich um Amelie.“ Morgen und folgende Tage: Die selbe Vorstellung. Sonntag 20. Dezember, nachm. 3 Uhr, ausnahmsweise zu vollständigen Preisen: Kümmere Dich um Amelie.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 22, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Die Kinder des Kapitän Grant. Freitag: Die Kinder des Kapitän Grant. Sonnabend 4 Uhr Kinderdarst.: Der Kattensänger von Hameln. Abends: Die Heide. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Kattensänger von Hameln. Abends: Die Kinder des Kapitän Grant. Montag: Die Kinder des Kapitän Grant.

BERNHARD ROSE THEATER

St. Franziskus-Str. 122. Abends 8 Uhr: Die Entgelten. Wochentagspreise. Freitag zum erstenmal: Die Geyrwally.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr. Donnerwetter — tadellos. Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz. Massary — Perry. Holden — Bender. Giampietro — Kettner. Pfann — Thiescher.

Apollo Theater

Abends 8 Uhr: Eine lustige Spreefahrt. Musik von Paul Lincke. 9^u: Mizi Gizi. 10^u: Brothers Schenk. 10^u: Siegw. Gentes. u. die übrigen Dezember-Attraktionen.

WINTERGARTEN

OKOPIKUM

Der lachende Politiker und das neue interessante Programm. ENTEE M1 RESERV. PLATZ M2 einschließt Garderobe. Programm

Königstadt-Kasino.

Goltschtr. 72. Täglich: G. Extra-Vorstellungen. Aus Vaterliebe oder: Der Weihnacht größte Freud — Freigegeben. Riesen-Spezialitäten-Programm. Anf. d. Vorst. 8 Uhr. Keine evtl. Preise. In allen 3 Feiertagen: Festvorstellung. Anf. 8 Uhr, der Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.

O. (Ballner-Theater.) Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Graf von Charolais. Trauerspiel in 5 Akten von Richard Beer-Hofmann. Freitag, abends 8 Uhr: Vater und Sohn. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Graf von Charolais. Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Vater und Sohn. Komödie in 3 Akten von Gustav Edmund. Freitag, abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Zwillingsschwester.

Zirkus Schumann.

Heute Donnerstag, 17. d. Mts., abends präz. 7 1/2 Uhr: Das brillante Sensations-Programm. Neue Debuts. Um 9 1/2 Uhr: Das Pracht-Manege-Ausstattungsstück Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler. Die Erstürmung der hohen Felsenburg.

Brauerei Friedrichshain.

Am 1., 2. u. 3. Weihnachts-Feiertage: Große Matinee-Konzerte von Johann Strauß aus Wien mit der gesamten Kapelle (50 Künstler). Billets zu ermäßigten Preisen (40 u. 60 Pf.) im Vorverkauf bei der Expedition des „Vorwärts“, Herrn Zucht, Immanuelkirchstr. 12.

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. Jeden Sonntag und Dienstag: [2101b] Hamburger Sänger. Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr, wochentags 8 Uhr. Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

Gastspiel-Theater

Köpenicker Straße 69. 8 1/2 Uhr: Gastspiel Hedwig Lange. Demimonde. Die Schule der Liebe oder: Familie Friedrich. Weihnachts-Vorstellung mit Selang. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 20 Pf. Sonnabend, 19. Dez., große Extravorstellung! Einmalige Aufführung: Die Rose von Avignon.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr. 57 Kommandantenstr. 57. Herrnsfelds größter Schlager: Die beiden Bindelbands. Vorher: Der neue Künstler-Teil. An allen 3 Weihnachtstagen abends 8 Uhr: Die beiden Bindelbands. Nachm. 4 Uhr, bei halben Preisen: 1. Feiertag (Freitag): Endlich allein! 2. Feiertag (Sonnabend): Hausierer Jockele. 3. Feiertag (Sonntag): Die letzte Ehre. Hierzu nachmittags u. abends: Der neue Künstler-Teil. Billets für die Weihnachtstage und Silvester-Vorstellung und Feier sind ab heute schon zu haben.

Passage-Panoptikum.

Die gr. Weihnachtsvorstellungen: Ein Ständchen im Himmelreich mit den großen Tableaus: Peirus am Himmelstorg. Lassot die Kindlein zu mir kommen etc. Die phänom. Illusions-Feerie: Die singenden Engelsköpfchen. Alles ohne Extra-Entree! Lebend! Lebend! Das Bärenweib. halb Weib — halb Bär. Ohne Extra-Entree!

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 48. Wegen Renovierung bleibt das Theater bis zum 24. Dezember geschlossen. Beginn d. Vorstellungen am 1. Feiertag.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger. Zum Schluss neu: Der Kompanie-Ball. Willkürliche Komposition von Meysel. Anfang wochentags 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Freie Volksbühne

Einige Neumeldungen zu den Nachmittags-Abteilungen werden noch in den Zahlstellen angenommen.
 Aufführungen:
 Nachmittags: Abends:
 Neues Schauspielhaus: Julius Cäsar. Weh' dem, der lügt.
 Nächste Serie: Nachmittag und abends: Rabagas. Komödie in 4 Aufzügen von Victorien Sardou.
 Nachmittagsvorstellungen im Lessing-Theater: Die versunkene Glocke. Nächste Serie im Herrnsfeld-Theater: Der Probekandidat. Drama in 4 Aufzügen von Max Dreyer. Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

XIV. Saison! Zirkus Busch.

Donnerstag, den 17. Dezember, abends präz. 7 1/2 Uhr: Gala-Abend. Das Moto Baby! Inas-Truppe! John Higgins! Champion im Hoch u. Weitprung. Ferner: Fr. Kartha Wohnte, Schachmeister Dr. Ernst Schumann u. d. neuesten Performen. Gerard u. Antonia Bourgeois u. Ravelli, Weltkämpfer. — Um 9 1/2 Uhr: Barbarossa!!

Bürgerliches Schauspielhaus

Rastanien-Str. 7-9. Ausgewiesen. Soziales Drama aus der Zeit des Sozialismus. 12 Jahre wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung polizeilich verboten gewesen! Zur gef. Beachtung: Nur die Abkommen dieses Blattes haben ausnahmsweise heute Donnerstag, d. 17. Dez., bei Vorlegung dieser Annonce halbe Stufenpreise! Kunstgeigenbauer E. Toussaint

Casino-Theater

Lehringer Str. 37. Täglich 8 Uhr. Heute: Wohltätigkeits-Vorstellung. Die ganze Einnahme ohne jeden Abzug wird dem Veteranenfonds überwiesen. Ab morgen: Die Dianabäder.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenll. Tor. Anfang 8 Uhr: Dezember-Spezialitäten. Im Tunnel Regimentskapellen etc. Theaterbesucher hat freien Eintritt.

Sanssouci.

Kottbusser Straße 6. Direktion Wilhelm Heimer. Heute Donnerstag: Letzte Vorstellung vor Weihnachten. Neues Programm. Gr. Elite-Soiree Tanz-Kränzchen. Hoffmanns Nord. Sängern Großer Erfolg. Eine neue Versicherung. Weihnachts-Lustspiel u. d. übrigen großartigen Progr. Seg. Sonntag, 20. d. Mts., nachm. 3 Uhr. Am 1., 2. u. 3. Feiertag: Große Extra-Elite-Soireen.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Dönh. Täglich 8 Uhr: Das sensationelle Progr. II. a.: Lona Revél, plastische Posen. Dolorita, span. Tänzerin. Clerson u. Georgi, arabischer Hh. Werthers Leiden, Burleske. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-1 Uhr. Familienkarten, wochentags halbe Preise, überall gratis!

Folies Caprice

Anfang 8 1/2 Uhr. Servus Pschesina! Bunter Tell. Ein lediger Ehemann.



Steupecken Spezialhaus

Emil Lefèvre Berlin S. 193, seit 1882 nur Oranienstr. 158 nirgends Filialen Weihnachts-Offerte! Steppdecken in voller Stoffgröße. Stimleide in den Farben bis 2100 bis 2700 Wollatlas rot, blau, oliv bis 2700 bis 2700 Daunendecken 2500 bis 12500 Bunte Normal-Schlafdecken 950 950 bis 1800 Wolldecken ganz dick 300 300 bis 2000 Reisedecken (engl.) gefügert 6, 8 bis 60 M. Nach auswärt. pr. Nachnahme Weihnachts-Extraliste enorm billiger Geschenkartikel kostenlos. Bis Weihnachten Verkauf 10 Uhr abends



Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9. Im Wein liegt Wahrheit. Hoffe mit Gefang und Weihnachtsfreude. Lebensbild mit Gefang. Außerdem die übrigen erstklassigen Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

Wer bei
Jandorf
kauft
spart
Geld!

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Lebensmittel

Donnerstag
Freitag
Sonnabend
Sonntag
Soweit Vorrat

Sonntag den 20. Dezbr.
geöffnet von 12-8 Uhr.

Kolonialwaren

Weizenmehl 000	5 Pfd. 10 Pfd.	90 1.75
Kaiser Auszugmehl	1.00 1.95	
Viktoria Auszugmehl	1.10 2.15	
Mandeln süß	1.00, 1.20	bitter 1.15
Sultana-Rosinen	Pfund 60, 70 Pf.	
Grosse Rosinen	Pfund 45, 60 Pf.	
Trauben-Rosinen	Pfund 50 Pf.	
Korinthen	Pfund 35 Pf.	
Zitronat	Pfund 75 Pf.	
Apfelsinen	Dutzend 25, 32 Pf.	
Zitronen	Dutzend 32, 38 Pf.	
Mandarinen	Kiste 25 Stück...	90 Pf.
Tafel-Aepfel	5 Pfund	48 Pf.
Pa. Tafel-Aepfel	5 Pfund	70 Pf.

Fleischwaren

Pa. Holst. Salamiwurst	Pfund 1.15	Leberwurst ff.	Pfund 1.00
Pa. Holst. Cervelatwurst	Pfd. 1.15	Landleberwurst	Pfund 90 Pf.
Pa. Fettdarmwurst	Pfund 1.25	Zwiebelleberwurst	Pfund 48 Pf.
Pa. Teeschlackwurst	Pfund 1.20	Rotwurst I	Pfund 80 Pf.
Thür. Landbratwurst	Pfund 1.10	Rotwurst II	Pfund 48 Pf.
Mettwurst (Braunschweiger Art)	Pfund 95 Pf.	Nuss-Schinken	Pfund 1.15

Konserven

Stangenspargel Prima	1/2 Dose 78	1/2 Dose 1.45
Stangenspargel I	73	1.35
Bruchspargel Prima	58	1.05
Bruchspargel ohne Köpfe	38	65 Pf.
Gemischtes Gemüse	29	48 Pf.
Schoten junge	28	45 Pf.
Schoten extra fein	58	1.05
Mirabellen	1/2 Dose 63	Pf.
Erdbeeren	1/2 Dose 95	Pf.
Frucht-Melange Ia	1/2 Dose 95	Pf.
Wallnüsse	Pfund 23, 35	Pf.
Haselnüsse runde	Pfund 33	lange Pfund 40 Pf.
Deutscher Kakao	Pfund 80	Pf.
Holländischer Kakao	1.80, 2.00	in Original-Packeten .. Pfund

Deutscher Kognak	Flasche 1.00, 1.50, 1.95
Rum (Verachtelt)	Flasche 1.00, 1.25, 1.50
Sortiments-Liköre	ca. 1/2 Liter Flasche 68 Pf.

Zucker ... 5 Pfund 98 Pf.

Halb u. Halb	Flasche 95 Pf.
Berliner Getreide-Kümmel	Flasche 95 Pf.
Alpenkräuter-Likör	Flasche 95 Pf.

Zum Feste empfehlen wir **Lebende Spiegel-** und **Schuppen-Karpfen** in allen Grössen.

Unsere Spezial-Preisliste über
Lebensmittel ist erschienen.
Zusendung auf Wunsch portofrei

Pfefferkuchen — Baumschmuck — Spielwaren

Braune Kuchenformen 10, 15, 20, 25 bis 75 Pf.

Bouillon gibt Kraft,

deshalb verwende man zur Herstellung
einer kräftigen Bouillon nur
Bouillon = Würfel

Marke „Krone“

Ueberall käuflich!



1 Tasse
kostet 5 Pfennig

Solinger Stahlwaren
Wilhelm Dietz, Brunnen-Str. 5
Größtes Schlittschuhlager
In großer Auswahl
empfehle Tisch-Be-
stecke, Löffel, Tranchier-, Hack- u. Wiegemesser, Soheren, Haarschneide-Maschinen,
Taschen- und Rasiermesser, Nickel-Service, Aluminium-Geschirre, Wagen,
Haushalt-Masch., Tablette, Kassotten, Revolver, Teuschings, Munition etc.

Teilzahlung 50 Pf. an.
Herren-Paletots, -Anzüge,
Damen-Jackets, Blusen,
Kostümröcke, Pelzstolas, Kleiderstoffe, Normal-,
Leib- und Bettwäsche, Gardinen, Steppdecken,
Tischdecken, Teppiche, Betten, Uhren, Spiegel,
Bilder, Gramophone.
F. & H. Schmidt, Petersburger Str. 23, **107**

Erprobt und bewährt!
Spiritus-Glühlicht
Lampen u. Brenner
Spiritus-Zentrale G. m. b. H.
Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.
Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!

Pelz - Sto'as,
Muffen,
Kindergarnitur
aus streng reeller Ware,
gebe zu außerordentlich
niedrigen Preisen bei sehr
grosser Auswahl auch
einzeln ab.
Hut-Arnold
Grosshandlung für
Hüte, Mützen und
Pelzwaren
Dres'enerstr. 116 (Kein
Laden)
Kein Kaufzwang.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Jugendschriften

Die in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ vom 5. Dezember a. c. durch den Bildungs-Ausschuss empfohlenen Jugendschriften sind in unserer Sortimentsbuchhandlung, Lindenstr. 69 (im Laden) zu haben

Expedition des „Vorwärts“ Lindenstr. 69

Die Leseabende für Frauen finden morgen, Freitagabend, in den bekanntesten Lokalen statt.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Die Leseabende der Frauen finden am Freitag, den 18. Dezember, an folgenden Stellen statt: 1. Aht.: Obiglio, Schwedter Str. 23/24; 2. Aht.: Krana, Danderstr. 8; 3. Aht.: Schäde, Kopenhagener Str. 74; 4. Aht.: Leppin, Brunnenstraße 80; 5. Aht.: Gähner, Wartstr. 7; 6. Aht.: Heyse, Woyenstraße 19; 7. Aht.: Lamprecht, Pustitzstr. 10; 8. Aht.: Starz, Waldstraße 8; 9. Aht.: Junke, Triftstr. 63; 10. Aht.: Kant, Bräufelder Straße 9; 11. Aht.: Brisch, Dronheimer Str. 4; 12. Aht.: Franke, Wabstr. 19. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Weihnachts-Rücksichtslosigkeit.

Kürzlich hielt der Reichstagsabgeordnete Pfarrer Raumann am Lette-Hause einen tiefempfindlichen Vortrag über Weihnachts-grausamkeiten. Ausgerechnet im Lette-Hause, wo er des geräuschvollen Beifalls „weitaus der Kreise des Volkes“ sicher sein konnte. Es war denn auch entsprechend anlässlich und zeitvertreibend. Ein paar hundert Damen der „Gesellschaft“ hatten sich eingefunden, darunter natürlich jene, die liberal mit dabei sein müssen, wo die Welt mit schönen verpuffenden Worten aus den Angeln gehoben werden soll. Gut gemeint waren die Ausführungen des Redners sicherlich, aber — zum einen Ohr gingen sie hinein, zum anderen hinaus. Pfarrer Raumann sprach über die Unsitte des späten Einkaufens, über den bis zum letzten Gedanken ausgebreiteten weihnachtlichen Kinderhandel auf der Straße, über die Ausbeutung der Arbeitskraft im Weihnachtsbetriebe und über manches andere. Was er vor diesem illustren, meist weiblichen Zuhörerkreise nicht sprach, weil es nicht an solche direkte Adresse gerichtet werden durfte, das möge eine Zuschrift nachholen, die uns aus den Kreisen von Verkäuferinnen zugeht. In dieser Zuschrift heißt es: „Wer es nicht persönlich in harter Fronarbeit durchgemacht hat, was man sich hier bieten lassen muß, kann den Umfang der schänden Verhandlung durch das tausende Publikum gar nicht ermessen. Gerade diejenigen Kreise, welche sich mit ihrer Bildung bei jeder Gelegenheit brüsten, können das Verkaufspersonal oft zur Verzweiflung bringen. Nicht die Vertreterin des Chefs sehen sie in dem bedienenden jungen Mädchen, nur das Arbeitstier, das aus Bort gehorchen muß und noch schlummer als dasheim der Diensthote behandelt werden kann. Verkäufer und Verkäuferinnen sind ja in dieser Beziehung meist sehr geduldig, aber ihre Geduld ist keineswegs Abtumpfung. Sie fühlen es bitter, wie sie hier von oben herab als Dienende, sozusagen als Objekt behandelt werden, das alle Launen der Vornehmheit auffangen muß. Was diese edle Sette aus Berlin W.W. niemals dem Kaufmann selbst ins Gesicht zu sagen wagen würde, das giebt sie schonungslos, mit tief verlegendem Hochmut über die Angestellten aus. Erfahrene Verkäuferinnen, die alle Lebensschulen durch sind, verkehren hundertmal lieber mit dem einfachen Mann aus dem Volke, der sanft wählt, nicht mäkelnd und bar bezahlt, als mit dieser mauscheitlichen Sippe, die sich arrogant hundertertei zeigen läßt, an allem etwas auszuheben hat und schließlich noch punkt oder mindestens bis zum Geiz handelt. Das Abhandeln verstehen diese Lebensschonner nun überhaupt gebiegen. Eine Autofahrt kann getrost zehn Mark kosten, aber beim Tannenbaumkauf muß mit dem arbeitslosen Händler um ein paar Nickel gefeilscht werden. Höchst charakteristisch ist es, daß in diesem Jahre so viele Weihnachtskunden sich selbst mit dem verlängerten Ladenschluß nicht befremden können. Sie kommen kurz vor Dorreschluß und sind nur mit Mühe zu der Einsicht zu bringen, daß auch die Angestellten, welche vom frühen Morgen ab mit nur ganz kurzen Pausen unermüdet auf den Beinen sind, den Geschäftschluß unig herbeiführen, obwohl dann noch oft Stundenlang hinter den Kulissen gearbeitet werden muß. Derartige unverschämte Ladenschlösser möchten am liebsten noch um Mitternacht Einkäufe besorgen, bloß um ihre Herrennatur zur Geltung zu bringen.“

Eine andere Weihnachts-Rücksichtslosigkeit liegt auf dem Gebiete der Weihnachts-Gratifikation. Wir meinen dabei auch nur diejenige, welche der untere Angestellte allenfalls erhält. Er hat sie verdient, redlich sogar. Es ist in äußerst vielen Fällen kein Geschenk, sondern der billige Ausgleich für geleistete Mehrarbeit. Wann bekommt er dieses ehrlich verdiente Geld in die Hand gedrückt? Oft, sehr oft in allerletzter Stunde. Und dann geht mit Windeseile die Jagd los, um noch ein paar offene Geschäfte zu entdecken und den Lieben dahem eine Freude zu bereiten. Warum wird das Geld, das doch die weitaus meisten Chefs längst zur Verfügung haben, nicht ein paar Tage früher gegeben? Damit der Angestellte bis zum letzten Augenblick keine Knochen nicht schont. Es ist ohne jegliches Herzensgefühl kalte Verrechnung, keine bloße Summelei. Noch viel rücksichtsloser aber ist es, in letzter Stunde zu erklären, daß leider der falsche Geschäftsgang eine klagende Anerkennung für die geleisteten Dienste nicht gestalte. Da hatte Pfarrer Raumann recht, wenn er sagte: „Arbeitgeber, die so herzlos handeln und den fleißigen Arbeiter in dem Glauben lassen, daß sein Ertragsfluß auch etwa belohnt werde, sind grausam.“ Wir können noch einen treffenderen Ausdruck, der sich mit dem Fest der allumfassenden Nächstenliebe wunderschön verbindet: weihnachtliche Gefühlshoheit!

Hygianshaus und Servitismus

Haben nicht zuletzt auch in Berlin in weiten Kreisen noch ihre Stätte. Eine charakterlose Presse kann sich nicht genug tun in überhörschwänglicher Verherrlichung der Mitglieder des Kaiserhauses und zählet zu eine Generation, die am liebsten vor jeder Postkarte in den Staub sinkt. Wie weit es nach dieser Richtung geht, bezeugt die Geschichte einer Medaille, die die „Münchener Neuzeit Nachrichten“ eingehend erzählt. Die Geschichte ist so kennzeichnend für den Geist, der in gewissen Kreisen des Berliner Bürgertums herrscht, daß wir sie wiedergeben wollen. Wir lesen da:

Am 22. November, also ganze fünf Tage nach der demütigenden Aussprache des Kaisers mit seinem Kanzler, haben — das Münchener Blatt zitiert genau nach dem 12. Heft der diesjährigen „Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins“ — „Seine Majestät der Kaiser

und Königin die Gnade gehabt, die zur Erinnerung an den Besuch des Kaiserpaars anlässlich des Lichtbildervortrages über die Bauten von Alt-Berlin gestiftete Erinnerungsmedaille im Neuen Palais aus den Händen der beiden Vortragenden, Amtsgeschäftsrat Dr. Vörling und Major Koll entgegenzunehmen. Seine Majestät bekundete ihr hohes Interesse für den Verein für die Geschichte Berlins wiederholt und bemerkte u. a., daß Höchstberühmte die Mitteilungen gern lasse. Bei Ueberreichung der Medaille betonte Seine Majestät insbesondere, daß das Porträt Ihrer Majestät der Kaiserin besonders gut getroffen sei. Mit großem Interesse vernahm Seine Majestät, daß infolge des Besuches des Kaiserpaars viele neue Mitglieder sich dem Verein angeschlossen hätten, so daß auch in materieller Beziehung das Erscheinen Seiner Majestät bei dem Vortrage von Nutzen gewesen wäre. „Nach der Audienz bei Seiner Majestät wurden die beiden Herren von Ihrer Majestät der Kaiserin ausdruksvoll empfangen, Höchstberühmte mit großem Danke die Medaille entgegennahm und freudig überreicht war, zu hören, daß die Darstellung des Diablen auf dem Wilde auf Anordnung Seiner Majestät erfolgt sei.“

Ja, ja: die Medaille hat ihre Geschichte, eine Geschichte von einer genau zehnmonatigen Dauer! Man höre und staune! Am 22. Januar 1908 der oben gekennzeichnete Vortrag; hinterher gefestigt Veranlassen im Notendruck, bei Tee, Nachhören der hohen Auszeichnung; Freude; Anregung, eine Medaille zu stiften, durch den (unglücklicherweise inzwischen verstorbenen) Vereinsarchivar, Beifall; Vorstandssitzung am 28. Januar; Beifall, der Anfertigung „näher zu treten“ — wenn, ja wenn! Rammonl Vertrauliches Schreiben an mehrere Mitglieder (die Namen dieser siebenundzwanzig braven Damen und Herren — darunter sechs Kommerzienräte — werden in Sperrdruck mitgeteilt: S. M. liegt ja die „Mitteilungen“ gern); „überraschender“ Erfolg, Ausführung gesichert, Vorstandssitzung am 21. Februar: zwei künstlerisch veranlagte Mitglieder zur Lieferung von Entwürfen aufzufordern; die Entscheidung solle S. M. treffen. Verträubendes Ergebnis des Ausschreibens; nur ein Entwurf (von dem Bildhauer Alb. Mor. Wolff).

Nun tritt die Angelegenheit in ihren Zenith. Dem Kaiser wird der Entwurf vorgelegt. Unterm 1. Mai „Erlass“ des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten an den ersten Vorsitzenden des Vereins; er lautet:

„Ew. Hochwohlgeboren setze ich auf die an den Herrn Chef des Geheimen Privat-Kabinetts Seiner Majestät des Kaisers und Königs gerichtete Eingabe vom 7. März d. J. ergebnis davon in Kenntnis, daß Seine Majestät der Kaiser und Königin der von dem Verein für die Geschichte Berlins beabsichtigten Stiftung... grundsätzlich zustimmen. Allerhöchstberühmte sehen aber zunächst der Vorlegung eines plastischen Modells zu der Medaille entgegen und halten einige Änderungen der eingereichten, anbei zurückfolgenden Entwurfsentwürfe für erforderlich. Seine Majestät wünschen, daß Ihre Majestät im Wille ein Diadem trägt und Allerhöchstberühmte eigene Person im stärksten zur Darstellung kommt. Die Gestaltung der Köpfe kann ungeändert bleiben; nur sind dieselben kleiner zu halten und sollen bis an den Rand der Medaille reichen. Allerhöchstberühmte haben diese Änderungen auf der Skizze Eigenhändig anzudeuten geruht. Das Bild auf der Rückseite der Medaille erscheint Seiner Majestät freilich, auch die Anordnung der Wappen oben und unten nicht glücklich gewählt. Der Vorlage eines hiernach entworfenen plastischen Modells sehe ich entgegen. J. A.: Schmidt.“

Kümmere plastisches Modell vom Bildhauer Wolff; abermalige Vorlegung am 2. Juli; Ergebnis: eine Verfügung des Herrn Kultusministers (vom 27. August) des Inhalts, Medaille habe hohen Beifall gefunden.

Um die kaiserliche Entscheidung, wie es einem Geschichtsvereine geziemt, als eine historische, von Bedeutung gebührend zu kennzeichnen und zu ehren, hat der Verein es sich nicht nehmen lassen, die Geschichte der Medaille in fünf Lebensgroßen, zu einer Tafel zusammengestellten Bildern zu verewigen. Da erblickt man zunächst den ersten Entwurf des Künstlers (Vorder- und Rückseite). Darunter die Vorderseite mit den Korrekturen Seiner Majestät des Kaisers (er ließ ja die „Mitteilungen“ gern); Diadem im Haare der Kaiserin, Andeutung des kaiserlichen Kränzes, Kasensanlag erhöht, Tränenbrüse, Kasensichel und Gedenknoden schärfer markiert. Endlich unten die (von L. Chr. Lauer in Berlin und Nürnberg) ausgeführte Medaille (Vorder- und Rückseite).

Kapitularer Schlag der dreieitigen Geschichte: „Möge die hochherzige Stiftung dieser Medaille zum ferneren Segen des Vereins gereichen!“

It is angesichts der obigen Darstellung der Medallengeschichte ein Wunder, daß ein Mann, der in einer geradezu widerlichen Weise angewendet wird, wie das hier geschehen, sich als ein Halb-gott betrachtet? Gerade das Bürgertum, das oft selbst unter dem persönlichen Regiment zu leiden hat, trägt durch ein solches unmännliches Verhalten noch mehr zur eigenen Entwürdigung bei. Wenn es dann hin und wieder dafür einen Zugruhl bekommt, so hat es sich diesen reichlich verdient.

Für ihre arbeitslosen Kollegen veranstaltet die Agitationskommission der Metzgermacher von der Verwaltungsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes am Sonnabend, den 19. Dezember, abends 8 Uhr, in den Sälen 4 und 5 des Gewerkschaftsbauhofes, Eingekauf 16, eine Weihnachtsbescherung. Da der Eintritt für jedermann frei ist, ist eine rege Beteiligung aller Metallarbeiter erwünscht.

Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern vormittag auf dem Bahnhalt Wiltberg. Vier trat der Kohlenarbeiter Wilhelm Wellner aus der Kurfürststr. 163, der mit Wolladen beschäftigt war, in einer Pause zwischen zwei Wagen eines Güterzuges, der auf einem Rangiergleise stand, um ein Bedürfnis zu verrichten. Wäglisch setzte sich der Zug in Bewegung und der Unglückliche erhielt einen so heftigen Stoß gegen die Lendenwirbelsäule, daß er beifelle gekludert wurde und bewusstungslos liegen blieb. Der Schwerverletzte verstarb schon nach wenigen Minuten. Wellner war 45 Jahre alt und stammte aus Oserberg.

Wegen Falschmünzerei im Rückfall wurde gestern ein 56 Jahre alter Schumacher Oskar Ewald aus Hennigsdorf in der Köpenickerstraße festgenommen. Ewald fabrizierte schon vor Jahren falsches Geld. Als er damals ergriffen wurde, nannte er sich nach einem Jugendfreund, der nach Amerika ausgewandert war, Nobel, weil er wegen anderer Vergehen schon bestraft war. Eine Schwester Nobels aber las in der Zeitung die Verhaftung und teilte dem Untersuchungsrichter mit, daß ein Jertum vorliegen müsse, weil ihr Bruder als unbescholtener Mann noch in Amerika lebe und eben erst gefahren habe. Darauf hin wurde der Falschmünzler entlarvt und unter seinem richtigen Namen verurteilt. Im Oktober dieses Jahres verließ er das Gutshaus zu Sonnenburg und fand bei dem Schumachermeister Straba in der Chausseest. 5 zu Hennigsdorf Arbeit. In seinen Pausen nahm er die Falschmünzerei bald wieder auf. Von Zeit zu Zeit kam er dann nach Berlin,

um seine Zweimarstücke mit dem Münzzeichen A und den Jahreszahlen 1907 und 1908 an den Mann zu bringen. Damit hatte er Glück, bis ihm gestern ein schwerer Kauf ein Streich spielte. Nach einer längeren Vierreise machte er in einer Schankwirtschaft in der Köpenicker Straße noch eine größere Besuche und bezahlte sie mit einem falschen Zweimarstück. Hierbei benahm er sich aber in der Trunkenheit so ungeschickt, daß er gleich Verdacht erregte. Der Wirt erkannte nun die Fälschung und ließ den Gast festnehmen. Der Verhaftete behauptete selbst, daß er noch zwei falsche Zweimarstücke besitze müsse. Man fand sie aber bei ihm ebensovienig wie 50 Mark, die er aus dem Umlauf von Fälschungen schon eingenommen haben mochte. Der Erstoppte nannte sich erst Lehmann, als er aber merkte, daß die Kriminalpolizei ihn wiedererkannte, gab er bald zu, daß er Ewald sei. „Wenn nicht anders ist“, sagte er, „dann meinnetwegen“. Er wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ein falscher Gerichtsvollzieher ist seit einiger Zeit aufgetaucht. Der Schwindler erscheint in solchen Wohnungen, in denen nur die Dienstmädchen anwesend sind. Er behauptet, daß er wegen einer nicht beglichene Forderung pänden müsse und läßt sich dann sämtliche Mäume zeigen, um ein passendes Pfandobjekt auszufinden. Der dreiste Gauner versteht es dann, unbemerkt Diebstähle auszuführen. Erst sobald die Herrschaften wieder heimkehren, stellt sich der wahre Sachverhalt heraus. Kommt der falsche Gerichtsvollzieher nicht zum Ziel, so läßt er die Mädchen eine „Pfändungsliste“, die natürlich gefälscht ist, unterschreiben.

Ein heftiger Zusammenstoß, bei dem zwei Personen schwer verletzt wurden, ereignete sich gestern in der siebenen Abendstunde am Dönhofsplatz zwischen einer Pferdewarke und einem Straßenbahnwagen. Um die angegebene Zeit kam die Vespiger Straße eine besetzte Droschke einhergerast, da der Kutscher die Gewalt über sehr Gefährt verloren hatte. Direkt am Dönhofsplatz ließ das ichen gewordene Pferd der Droschke auf einen dort haltenden Straßenbahnwagen der Linie 30. Es erfolgte ein heftiger Anprall, wodurch der Kutscher in weitem Bogen auf den Straßenbahnwagen geschleudert wurde. Auch die einzige Insassin der Droschke, eine Frau Schulze aus Woltersdorf, flog aus dem Wagen. Beide Personen wurden nach der Unfallsituation in der Kronenstr. gebracht. Die Frau Schulze wurde, daß der Kutscher Theodor Mundt aus der Ryegenerstr. 30 schwere innere Verletzungen davongetragen hatte, so daß seine Ueberführung nach einem Krankenhaus erforderlich erschien. Bei der Frau Schulze wurde ein heftiger Bluterguß am Hinterkopf konstatiert.

Größter Feuer in einer Lederwarenfabrik. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde die Feuerwehre zweimal nach dem Hause Ritterstraße 16 gerufen. Der erste Alarm erfolgte in der dritten Morgenstunde. Als die Löschzüge eintrafen, brannte im zweiten Stock des Quergebäudes die Lederwarenfabrik von Hermann Heist u. Co. Durch rechtzeitiges Eingreifen der Wehr konnte die Gefahr aber bald mit einer Schlauchleitung beseitigt werden. Kurz nach 1/4 Uhr rächten die Löschzüge wieder ab. Raum waren sie jedoch in ihre Depots zurückgekehrt, als schon wieder aus der Ritterstraße 16 Feuer gemeldet wurde. Wie sich herausstellte, stand wiederum die Lederwarenfabrik von Heist u. Co. in Flammen, diesmal aber in ganzer Ausdehnung. Aus allen 5 Fenstern des großen Arbeitsraumes schossen die Flammen zum dritten Stock empor, wo sich die Kartonsfabrik von Hermann Köhler, Inhaber Emil Gläser, befindet. Angesichts dieser gefährlichen Situation ließ der leitende Brandmeister die Meldung „Rittelfeuer“ nachgeben. Ueber eine mechanische Leiter und die Treppen hinweg wurde nun mit drei Rohren Wasser gegeben. Trotzdem brannte die Dede zum dritten Stock doch an einer Ecke durch, so daß auch die Firma Köhler in Mitleidenschaft gezogen wurde. Der große Fabrikraum der Lederwarenfabrik, der den gesamten zweiten Stock einnimmt, brannte vollständig ab. Nur die nackten Mauern stehen noch. Der verursachte Schaden ist recht beträchtlich, da viele Rohmaterialien, unfertige Lederwaren usw. mit ein Raub der Flammen geworden sind. Die Firma hatte auch schon große Weihnachtsbestellungen in Arbeit. Ueber die Entscheidungsurache der beiden Brände konnte bestimmt noch nicht ermittelt werden. — In der Reichenberger Straße 57 hatte die Feuerwehr dann in der siebenen Morgenstunde noch einen Tischlereibrand abzuschließen.

Für die Hinterbliebenen der Parteigenossen, welche Opfer der Grande Kabbod wurden, gingen ein: Friedrich Wäfler 1,20. Für die Hinterbliebenen der Verunglückten auf Kabbod gesammelt in der Gastwirtschaft M. Götz, Sabelsbergerstr. 3,70. Sportverein Tip-Top Charlottenburg für die Hinterbliebenen 10.—. Perional und Arbeiter d. Fa. C. F. 18,70. Für die verunglückten Vergleite in Weistalen gesammelt von den Arbeitern der Firma C. Tolber, Vorfiswalde 29,55. In Summa 66,15 M. an das Parteisekretariat in Dorimund abgefannt. J. A.: Emil Soedke, Kassierer.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Ein Attentat auf das Wahlrecht — nichts Beringeres! — planen eine Reihe bürgerlicher Bezirksvereinsleiter. Stadtoberordneter Rohmig und einige gleich schone Seelen haben einen Antrag eingereicht, der das Kommunalwahlrecht noch weiter verschlechtert will, indem als Abschluß für die III. Wählerabteilung nicht mehr der einfache, sondern fluffig der anderthalbfache Durchschnittssteuerfuß maßgebend sein soll. Es würde das eine Heraufhebung der Steuergrenze zwischen der III. und II. Wählerabteilung von 78 M. auf circa 110—120 M., also eine erhebliche Verschlechterung des Wahlrechts der Arbeiter, ja auch der Kleinbürger, Geschäftleute und Beamten bedeuten. Die Zahl der Wähler in der III. Abteilung wird dadurch um ein Bedeutendes weiter steigen, die der II. und I. Abteilung verringert und so einem Geschwunden Vourgeois die Kommunalpolitik ausgeliefert. In der Sitzung heute nachmittag kommt der famose Antrag, der ausgesucht von den geistigen „Koppositäten“ der Stadtoberordnetenversammlung unterzeichnet ist, zur Verhandlung. Man darf gespannt sein, welche Stellung die Stadtväter Rigdorfs zu dem geplanten Wahlrechtsraub einnehmen.

Schöneberg.

Den Antrag der städtischen Arbeiter, die Stundenlöhne in Höheren Löhne umzuwandeln, hat die vom Magistrat eingesetzte Unterkommision abgelehnt. Dafür sollen die Arbeiter eine Erhöhung der Lohnsätze um 25 Pf. pro Tag erhalten. Diesen Vorschlag sagte die Kommission an demselben Tage, an dem die öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter tagte. Um den Arbeitern dieses Zugeständnis zu machen, war es notwendig, sich seit Frühjahr dieses Jahres in einer Reihe Sitzungen, wohl hier an der Paß mit statistischem Material zu beschäftigen und das Resultat war die Ablehnung der von den Arbeitern gestellten Forderungen. Durch diesen gefaßten Beschluß bringt die Unterkommision zum Ausdruck, daß sie von Wogenlöhnen nichts wissen will. Die von den städtischen Arbeitern und den Rednern der betreffenden Versammlung vom 10. Dezember zum Ausdruck gebrachte Kritik war daher voll-

ständig am Plage, wenn anders nicht der Winterschlaf in der Kommissio nung halten sollte. Kostete es schon unläsliche Mühe, diesen Beschluß zustande zu bringen, so dürfte es noch schwieriger sein, wenn sich die erlauchten Herren erst an die eigentliche Arbeit, an die weitere Beratung der Anträge der Arbeiter heranwagten. Ueber die stattgefundene Versammlung regt man sich im "Schöneberger Tageblatt" auf, weil dort behauptet wurde, Magistrat und Stadtverordnete hätten den Forderungen der Arbeiter tatenlos gegenüber. Obwohl die Arbeiter ihre Anträge durch den Arbeiterausschuß bereits im Herbst des Jahres 1907 unterbreitet haben, ist den Stadtverordneten bis jetzt noch nicht die geringste Vorlage zugegangen. Warum diese lässliche Auffregung!

Es lag gar keine Veranlassung vor, für langweiliges Arbeiten noch ein Lob auszusprechen. Abzwartorn ist nur, ob der gefasste Beschluß, den Tagelohn zu erhöhen, von dem Tage ab Gültigkeit haben wird, an dem die Arbeiter den Antrag stellten.

Einen guten Besuch wies auch diesen Sonntag die Jugendarbeiterversammlung auf. Immer mehr zeigt es sich, daß das Interesse der Arbeiterschaft für eine gute Vertretung im Wahlen begriffen ist. Zudem kommt, daß die Ausstellung in geschmackvoller Weise arrangiert ist. Neben den Werken unterer Klassen, die für die reifere Jugend und Erwachsenen bestimmt sind, liegen die Bilderbücher für die Kleinsten und für die ABC-Schützen, Schriften leicht fahrbaren Inhalts. Um auch den Humor und die Geligkeit zu ihrem Rechte zu verhelfen, liegen Spiele aus, damit die Stunden der Ruhe im Kreise der Familie verbracht werden können.

Die Ausstellung ist nur noch an zwei Tagen geöffnet, am Sonnabend, den 19., abends von 7-10 Uhr, und am Sonntag, den 20. Dezember, nachmittags von 4-8 Uhr. Die Genossen wollen ihre Einkäufe baldigt erledigen.

In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission berichtete der Vorsitzende zunächst über die Auskünfte, die er von Teilnehmern an der Konferenz der Deutschen Arbeiternachweise in Leipzig, betreffend die Vermittelung von weiblichen Dienstboten erhalten hat. Es wird allgemein bedauert, daß bei dieser Konferenz die Stadt Schöneberg nicht vertreten war. Was die Weiblicherhebung bei Vermittelung weiblicher Dienstboten anbelangt, so stellte sich die Vermittlung auf den Standpunkt, daß Gebühren für die Vermittlung nicht zur Erhebung gelangen sollten. Daraus fand die Revision der Kuratoriumsmitglieder zum Arbeitsnachweis statt. Sodann wurde die Wahl zur Bildungskommission vorgenommen, der vom Wahlverein zwei männliche und ein weibliches Mitglied, sowie zwei Gewerkschaftler angehören sollen. Sodann wird in eine Besprechung der Arbeitslosenfrage eingetreten. Auch hier wurde das Ergebnis der Fählung als unzureichend bezeichnet und die Schuld auf das angewendete Fählverfahren zurückgeführt. Was nun die Maßregeln anbelangt, die zur Unterstüzung der Arbeitslosen getroffen werden sollen, so sei zu bemerken, daß in Schöneberg der Beginn der Arbeitslosenarbeiten noch immer verschleppt werde. Fast lächerlich wirke es, wenn man hört, wie in Stadtparlament die Grundstückspekulanten sich herumstreiten, wer es am besten versteht, seine Taschen zu füllen, und hierüber die dringendsten Arbeiten, wie die Beschaffung von Arbeit für viele hungernde Familienväter, liegen bleiben. Es muß als eine Pflicht des Magistrats angesehen werden, hier schnellstens Abhilfe zu schaffen. Auch gemäßigen die in Aussicht genommenen Arbeiten kaum, um einem Drittel der Arbeitslosen im Orte Arbeit zu verschaffen. Es wurde beschlossen, eine Petition an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu richten, in welcher die sofortige Inangriffnahme der Notstandsarbeiten gefordert wird.

In dem Bericht über die Rechtsanwaltsstelle wurde mitgeteilt, daß die verschiednen Anstalten auf den Gebieten der Krankenversicherung, der Invalidität und Unfallversicherung, sowie auch über bürgerliches Recht gegeben worden sind. Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die Rechtsanwaltsstelle der Gewerkschaftskommission sich in Schöneberg, Reiningers Straße 8, bei Genossen Rosante befindet.

Die Ergänzungsarbeiten für den Gehilfenausschuß der Selbstverwaltung des Kreises Teltow finden am Donnerstag, den 17. d. Mtz., nachmittags 4 1/2 Uhr, im Restaurant P. Behne, Herberstr. 4, statt. Der Liste des Stellenerwerbendes steht die Liste des blauen Kellnervereins gegenüber. Dorum ist es notwendig, pünktlich und zahlreich zur Wahl zu erscheinen, um die Liste der organisierten freien Kellner zum Siege zu verhelfen.

Groß-Vichtersfelde.

Bei den Gewerbegerichtswahlen am Dienstag waren von 163 eingetragenen Wählern der Arbeitnehmer 138 erschienen. Sämtliche Stimmen fielen auf die Liste der freien Gewerkschaften.

Vichtenberg.

Die postallischen Zustände Vichtenbergs sind von uns wiederholt besprochen worden. Eine Aenderung scheinen jedoch die zuständigen Behörden nicht vornehmen zu wollen. Eine Stadt von rund 76 000 Einwohnern mit erheblicher Industrie wird noch immer als etwas betrachtet, das so nebenbei von Berliner Postämtern mit bedient werden kann. Während die westlichen Vororte, die kaum die Hälfte der Einwohner Vichtenbergs und seiner geschäftlichen Betrieblichkeit aufzuweisen haben, an das Rohrpostnetz angeschlossen sind, wird Vichtenberg noch immer von Berlin, Wobelsbergerstraße, mit Rohrpostsendungen bedient. Diesem Zustand ist es zuzuschreiben, daß eine am 18. Dezember 1908 um 9 Uhr früh am Schalter des Postamts 27 (Wilmersdorfer) aufgegebenen Rohrpostkarte den Adressaten erst nachmittags 9 1/2 Uhr in Vichtenberg, Dorfstraße, erreichte! Keine Zustände!

In zwei Volksversammlungen erstatteten am Dienstag die sozialdemokratischen Stadtverordneten ihren Wählern Bericht über das erste abgelaufene Jahr städtischer Verwaltung in Vichtenberg. In Schwarz-Kongertgärten, Dorfstraße, hatten sich mehr als 600 Männer und Frauen eingefunden. Hier referierte Stadtverordneter Genosse Grauer. Der Redner machte zunächst den Verammelten klar, daß es eine Legende sei, wenn behauptet würde, die Kommunalverwaltungen seien keine politischen Einrichtungen. Der Klassencharakter und die Interessenvertretung träten in der Kommunalverwaltung den Beteiligten auf Schritt und Tritt entgegen. Es sei daher ein Erbd Klassenkampf den die sozialdemokratischen Stadtverordneten in den Rathusern zu führen hätten. Daß die auf Grund des elenden Wahlsystems vorhandene bürgerliche Majorität auch diesen Klassencharakter ihrer Einrichtung erkannt habe, beweise die konsequente Ablehnung der von den Sozialdemokraten gestellten Anträge auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Kommune; ein weiterer Beweis sei die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auf Abänderung einer Petition an das preussische Dreiklassenhaus um Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu dem preussischen Parlament. Dem Klassencharakter entspreche es auch, daß die Bürgerlichen es ablehnten, die Wähler der Volksschulen in die Deputation für die Volksschule zu wählen. Der politische Charakter der Stadtverwaltung trete auch in Erscheinung bei der Ablehnung der erbetenen Mitbenutzung der städtischen Turnhalle durch die Arbeitervereine. Das sozialpolitische Verständnis der bürgerlichen Vertreter im Stadtparlament habe sich im rechten Lichte gezeigt der sozialdemokratischen Stadtverordneten Beschaffung von Notstandsarbeiten und Arbeitslosenfürsorge verlangten.

Selbst bei der Speisung hungeriger Schulkinder waren es noch sieben bürgerliche Stadtverordnete, die gegen den Kompromißvorschlag stimmten, dem Verein Frauenhilfe 750 M. zur Gewährung von Milch und Semmeln an hungerige Schulkinder zu überweisen. (Auf Verlangen der Versammlung machte der Redner die Namen dieser sieben Vertreter der 1. und 2. Abteilung angegeben; es sind dies die Herren Apotheker Hagenbeck, Rentier August Lehne, Rittergutsbesitzer Röder, der Berliner Magistratsassistent Oskar Rott, Rechtsanwalt und Notar Schachtel, Bauunternehmer Sommerborn und Herr Sanitätsrat Dr. Wolff.) Auch bei der Fälligkeit für die städtischen Arbeiter zeige sich die Rücksichtslosigkeit in sozialpolitischer Beziehung. Außer den Beispielen, die der Redner selbst anführte, wurde auch in der Versammlung festgestellt, daß noch in den letzten Tagen in den städtischen Werken Arbeitentlassungen stattgefunden hätten, während Arbeitsgelegenheit reichlich vorhanden ist. Aus dem Gebiete des Steuerwesens machte der Redner die Mitteilung, daß die Vermögenssteuer, die auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten im Prinzip angenommen sei, noch heute nicht bis zu einem Gesetzstatut gediehen ist. Die Vertreter der ersten und zweiten Klassen erachten diese Steuer als eine Vermögenskonfiskation. Setzungen sei es, die Stadtverordnetenversammlung zu veranlassen, auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten die Krankenversicherungspflicht für die Hausgewerbetreibenden zur Annahme zu bringen. Das dafür notwendige Gesetzstatut sei allerdings auch hier noch nicht zur Annahme gelangt. So zeigte der Redner, daß auf Schritt und Tritt sich Klassenherrschaft und Interessenswidertreit barmt. In der Krankenkassenfrage, bei der der Referent sich länger aufhielt, wies er den Verammelten nach, daß es nicht wahr sei, daß die Sozialdemokraten die Verschlepper der Angelegenheit seien. Der Interessentritt der direkt und indirekt Beteiligten sei es, der die Krankenkassenfrage nicht zum Abschluß kommen lasse. Der Redner schloß den Vortrag mit dem Verlangen an die Versammelten, mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit den Vorgängen im Stadtparlament zuzuwenden, eingehend der Pflicht zu sein, den Klassenkampf auch hier bis zum endlichen Siege führen zu müssen. Dem oft mit lautem Beifall begleiteten Vortrage folgte eine lebhaft diskutierte, an der sich die Genossen Schwell, Pirus, Liebermann, Remus und andere beteiligten. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Doch aber nahm die außerordentlich prachtvoll verkaufte Versammlung einstimmig nachstehende Resolution an: Die heute, am 18. Dezember 1908, im Lokale des Herrn V. Schwarz, Dorfstraße, abgehaltene, von zirka 600 Personen besuchte Versammlung spricht der bürgerlichen Majorität in der städtischen Stadtvertretung ihr Mißtrauen aus über die Rücksichtslosigkeit, die sie in sozialpolitischen Fragen bekundet hat. Das gilt besonders von der Arbeitslosenfürsorge, der Kinderpepung, der Regelung der Arbeitsverhältnisse für die in den städtischen Werken Beschäftigten, der Beforderung der Lehrpersonen und der kommunalen Unterbeamten, der Einführung der Vermögenssteuer, der Erbauung von Volksschulen und eines Krankenhauses. Die Versammlung fordert die sozialdemokratische Fraktion, die bisher voll und ganz ihre Schuldigkeit getan hat, auch in Zukunft nachdrücklich die Interessen der Gesamtheit wahrzunehmen. In Vichtenberg-Ort hatten sich mehr als 150 Männer und Frauen dieses abgelegenen Ortsteils eingefunden, die den Ausführungen des Genossen Stadtverordneten Spielermann lebhaften Beifall gaben. Auch hier fand eine Resolution im obigen Sinne einstimmige Annahme. Trotzdem konnten es sich einige Bürgerliche nicht verlagern, in den Vorkämen des Lokals anstatt in der Versammlung ihre abfällige Kritik auszubringen. Auch Spielermann verweilte des längeren bei den harten Klämpchen, die das erste Jahr gebracht hat, um zum Schluß die Versammelten auch seinerseits zur nachhaltigen Agitation für die Sozialdemokratie aufzufordern.

Wilmersdorf.

Ein schwerer Banunfall alarmierte gestern früh 9 Uhr die Wilmersdorfer Feuerwehr nach der Ulländerstr. 19. Auf einem Reithau war der Kupfermeister Hermann Poole aus der Voligstr. 20 in Berlin verunglückt. Eine schwere Kugel des Aufzuges war aus ihrer Befestigung gesprungen und dem Poole aus einer Höhe von 4 Meter auf den Kopf gefallen. Die Feuerwehr schaffte den Schwerverletzten sofort mittels ihres Kranentransportautomobils nach ihrer Samariterstube, wo er von dem Arzt verbunden wurde. Er hatte außer einer langen Schnittwunde eine schwere Schädelverletzung erhalten. Die Schädelkugel war durchgeschlagen. Dann wurde P. nach seiner Wohnung gefahren.

Soherlehne-Wildau.

Ein reiches Fühlgeleis eröffnet sich unseren in diesem Frühjahr gewählten Genossen in der Gemeindevertretung. Den Beweis hierfür erbracht die letzte Gemeindevorstellung, in der eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen war. Eine längere Debatte entspann sich bei dem Punkte: Erweiterungsbau des Schultreppenhauzes in der im vorigen Jahre neu erbauten Gemeindegemeinde. Hierbei wurde vom Genossen Länger das bisher herrschende Regiment der von der Firma Schwarztopf aufgestellten und gewählten Berufsbeamten als Gemeindevorsteher, unter Führung des früher bei der Firma angeestellten Herrn Regierungsbaumeisters Wittböh, legt in Kaffel, lauff und treffend kritisiert. Der Bau, den die Vertretung auf persönlichen Wunsch dem Regierungsbaumeister Wittböh übertragen hatte, wurde fertiggestellt, ohne daß der Behörde die Zeichnungen und Pläne vorher eingereicht wurden. Sei der am folgenden Gebrauchsbau stelte sich heraus, daß die Treppen um 0,70 Meter zu schmal waren, worauf die Regierung die Abnahme verzweigte und die Gemeinde beauftragte, den Treppenhau zum die fehlenden 70 Zentimeter zu verbreitern. Die Gemeinde ist dadurch um zirka 6000 M. geschädigt. So kann Herr Wittböh leider nicht ungezügelt machen, da seinerzeit hierüber nichts vereinbart wurde. Gegen ein vom Kreisamt gefälltes Urteil betr. Klage der Gemeinde gegen die Besitze für Schickwede wegen Veranlagung zur Umlagesteuer soll Berufung beim Bezirksamt eingeleitet werden. Die Gemeinde verlangt 1175 M., zugesprochen wurden ihr jedoch nur 817 M. Bezeichnend ist für die betreffende Firma, daß sie für einen Teil ihres Grund und Bodens, den sie vor zirka 10 Jahren für 900 M. pro Morgen angekauft hat, jetzt nur einen Wert von 500 M. pro Morgen anerkennet hat, trotzdem auch hier die Grund- und Bodenpreise gewaltig gestiegen sind. In einem Besuch des Deutschen Kriegerbundes wird für die Weihnachtsfeier der noch vorhandenen Witwen und Waisen gefasster Krieger eine Unterstüzung aus Gemeindegeldern erbeten. Hierbei hatten unsere Genossen Gelegenheit, die Fälligkeit des Vaterlandes für die Hinterbliebenen seiner Freiheitskämpfer zu bezeugen. Das Besuch wurde auf Antrag unserer Genossen abgelehnt. In einem anderen Schreiben wurde der Gemeinde empfohlen, den Teltower Kreislander zu beschaffen und unter ihre Mitglieder zu verbreiten, damit dieselben von anderweitiger minderwertiger Leseliterat verlohnt bleiben. Der Gemeindevorsteher gab bekannt, daß in früheren Jahren immer bis 200 Stück bestellt wurden. Auf Antrag des Genossen Länger wurde hierüber zur Tagesordnung übergegangen. Längere Zeit nahm die Verteilung eines Gesuches, welches die Kirchengemeinde durch ihren neuangestellten Pfarrer hatte einreichen lassen, in Anspruch. Dasselbe ersucht die politische Gemeinde, zu der von ihr geplanten Erbauung einer Kirche mit Pfarrhaus die Kleinigkeit von 21-25 000 M. zu bewilligen. In der Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß bei eventueller Ablehnung des Gesuches die jetzt 10 Proz. be-

tragende Kirchensteuer auf mindestens 20 Proz. erhöht werden müßte; dies müße aber unter allen Umständen vermieden werden, weil dadurch die Austritte aus der Landeskirche noch bedeutend vermehrt würden. Genosse Länger legte zuerst unsere prinzipielle Stellung, Weid für Kirchengewerke aus kommunalen Mitteln nicht zu bewilligen, dar. Er betonte, daß ein Bedürfnis zum Bauen einer Kirche abzuwehrt nicht vorliege, da die Kula in der Schule zu Bildau, in welcher jetzt Kirche abgehalten wird, noch auf zehn Jahre ausreiche. Die Ausführungen des Genossen Länger wurden noch vom Genossen Hoffmann ergänzt. Nach einer kurzen Debatte wurde der Antrag unserer Genossen, das Gesuch der Kirchengemeinde zumweg abzulehnen, einstimmig angenommen. Dem Gemeindevorsteher wurde die Genehmigung erteilt, zur Deckung eines entstandenen Defizits eine Anleihe aufzunehmen. Ingleich regten unsere Genossen an, um der sich immer mehr zu einem Industrieort ausbildenden Gemeinde auch neue Finanzquellen zu verschaffen, die Vermögenssteuer einzuführen. Dieser Vorschlag fand bei einigen Herren keine rechte Gegenliebe. Es wurde jedoch beschlossen, den Herren Gemeindevorstand zu beauftragen, Vorlagen und Statuten von anderen Gemeinden, welche die Steuer eingeführt haben, zu beschaffen und einer der nächsten Gemeindevorstellungen vorzulegen. Genosse Länger brachte noch Wünsche an der Schule zu Bildau zur Sprache; es soll daher eine Einwohnerversammlung stattfinden, um die Beschwerden der Eltern anzuhören und auf Abhilfe derselben hinzuwirken.

Teltow.

Vor überfüllter Versammlung sprach hier im Lokal von Freuß an Stelle des verhinderten Genossen Jubel Reichstagsabgeordneter Emma I über „das persönliche Regiment“. In tollerender Rede ließ der Referent die politischen Vorgänge der letzten Zeit an den Versammelten Revue passieren und läte eine heftige Kritik an denselben. So wenig auch der erste Disziplinardebur, Pastor a. D. am Ende, die von Gemmel angeführten Tatsachen bestritten konnte, suchte er doch den Kaiser dadurch zu entschuldigen, daß er auf die große Jugend hinwies, in welche er zur Regierung gekommen sei. Er stellte die Behauptung auf, daß das persönliche Regiment nicht so schrankenlos und unsere Finanznot nicht so riesengroß geworden wäre, wenn Kaiser Friedrich länger regiert hätte. Der Genosse Röder stimmte dem Genossen am Ende darin bei, daß auch die Sozialdemokratie an der Entartung des persönlichen Regiments und der Zunahme der Finanznot insofern mitschuldig sei, als sie sich nicht genug auf der ganzen Linie zum Kampfe gegen die Urheber unseres Elends rüfte. Der Referent nahm in seinem Schlusswort Bezug auf die vom Genossen am Ende getane Äußerung bezüglich der kurzen Regierung Kaiser Friedrichs und meinte, daß eine solche Behauptung in den Mäpfen unreligiöser Genossen eine Verminderung anreichte, die nachher schwer wieder herauszubringen sei. Mit dem üblichen Hoch auf die sozialdemokratische Partei schloß der sorgfältige Genosse die impoante Versammlung, die auf viele Besucher einen bleibenden Eindruck gemacht hat.

Weißensee.

Aus der Gemeindevorstellung. Der Etat der Sparkasse wie auch des Reichamts wurden nach kurzer Debatte genehmigt. Die Einrichtung von Arbeiterwohnungen auf dem Rieckelgute Witzholz war Gegenstand lebhafter Debatte. Der Dezerent stimmte Lebenshimmeln an auf den Komfort der Wohnungen, was jedoch einige Herren nicht recht glauben wollten. Zum Beweise wies sich die Gemeindevorstellung in nächster Zeit nach Witzholz begeben. Eine kurze Rede der Dorfstraße wird noch in diesem Winter eine Bürgersteigerregulierung erfahren. In der geheimen Sitzung wurde gegen den früheren Schulbesitzer beschlossen, in eine Klage einzutreten. Derselbe behauptete, die alten Restaurationsbüten nicht mitverkauft zu haben; er verlangte für das alte Gerüst noch eine Entschädigung von 1600 M. Bei dieser Gelegenheit machte Genosse Freuß der Verwaltung den Vorwurf, daß bei all den vielen Juristen in der Verwaltung keiner imstande war, einen ordnungsgemäßen Vertrag abzuschließen. Er siehe auf dem Standpunkt, die Klage sei jetzt nutzlos. Der Vorsitzende geriet ob dieser Äußerung in eine ganz unnötige Aufregung, mußte sich aber auch von anderer Seite gefallen lassen, zu hören, daß die Vergangenheit gelehrt habe, mit dem Vertreter der Vorherrschaften Erben, Besizer des Schlosses, äußerst vorsichtig zu sein.

In der Ausführung eines Verbrechens ist vorgestern Abend ein unbekannter Mann in der Langhausstraße gestiftet worden. Die 14-jährige Tochter des Bäckermeisters Stein hatte zu einem Kunden Badware gebracht und als sie die Treppen wieder herunterkam, fiel im Hausflur ein fremder Mann über sie her und wirgte sie am Hals. Als die Ueberfallene um Hilfe schrie, schlug der Attentäter auf sie ein und riß sie zu Boden. Sein Erscheinen von Hausbewohnern zog es der gefährliche Bürche vor, die Flucht zu ergreifen. Er wurde zwar verfolgt, erlitt aber leider.

Trebbin (Kreis Teltow).

Gegen die Mehrbelastung des Tabaks richtete sich am Sonntag eine zweite im Gesellschaftshaus tagende Protestversammlung, in der Genosse Jubel referierte. Der Redner erläuterte zunächst die Finanzwirtschaft des Reiches, um sodann auf die geplante Mehrbesteuerung des Tabaks einzugehen. Die Wirkung aus dieser Mehrbesteuerung machte sich hauptsächlich für die Kleinrentner, Kleinrentner und die in der Tabakindustrie beschäftigte Arbeiterschaft bemerkbar. Für letztere bedeute es steigende Arbeitslosigkeit und Elend. Nachdem der Referent noch die anderen Steuerprojekte eingehend gewürdigt hatte, forderte er die Versammelten auf, durch nie ermüdende Aufklärungsarbeit die Organisationen des Proletariats zu stärken. Eine Diskussion über den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt.

Rosowes.

Die von der Partei veranstaltete Weihnachtsausstellung wird am Sonnabend, den 19. d. Mtz., eröffnet. Wir ersuchen die Einwohner von Rosowes, durch regen Besuch das Unternehmen unterstützen zu wollen.

Französisch-Buchholz.

Die letzte Wahlvereinsversammlung beschäftigte sich mit einem vom Vorstand gestellten Antrag betreffend Reorganisation des Bezirkswahlvereins. Da bisher noch das Hauslasterverfahren bestand, so sollen in Zukunft Postladende nach Berliner Muster eingeführt werden; zu diesem Zwecke wurden die bisher bestehenden 6 Bezirke in 4 geteilt. Zu Bezirk I gehören: Chausseestrasse, Pankower Straße, Wartenstraße und Konigsstraße; Pankow bei Gohrderte. Bezirk II: Bahndammstraße, Rosenthaler Straße und Schönhauser Straße; Pankow bei Witwe Niemoß. Bezirk III: Berliner Straße, Hauptstraße von I-11 und von 70 bis zu Ende und Wankensfelder Straße; Pankow bei Röhne. Bezirk IV: Hauptstraße von 12-69, Grovenhainstraße, Langer Straße, Schönhauser Straße, Triftstraße und Gartenstraße. Der Zahlabend findet bis auf weiteres bei Röhne statt. Die Mitglieder, welche in Pankow wohnen, sollen sich bis auf weiteres dem Bezirk I anschließen. Die Versammlung stimmte dem Antrag zu. Ferner wurde auf die Bibliothek hingewiesen und den Mitgliedern empfohlen, recht regen Gebrauch davon zu machen; die Bücher sollen jedoch nicht länger als sechs Wochen von den Mitgliedern einbehalten werden.

Schützt Euch vor Influenza!
Die Influenza erreicht nur diejenigen, deren Blut resp. Nasenröhren nicht stark genug sind, um siegreich den Kampf gegen die eindringenden Luftbazillen auszuheben. Die Wallung des Blutes muß stärker sein, die Herzaktivität erhöht werden; deshalb trinke man 1/2 Stunde vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2ten Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je 1/2 Glas **Santa Lucia Kraft-Rotwein.**
Derselbe wirkt heilsam auf den ganzen menschlichen Organismus.

Heute früh 8 Uhr!

kannte noch niemand meine herabgesetzten billigen Preise.
Ich empfehle einen Posten getragener Monatsanzüge, der
in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herr-
schaften, Kavallieren, Reisenden nur Wochen gebraucht

Monats-Anzüge 8, 10, 14, 18 Mk.
Monats-Paletots 6, 8, 12, 16 Mk.
Monats-Hosen . . 2.50 - 5.00 Mk.

Auch mache ich auf meine grosse Ab-
teilung neuer Garderoben aufmerksam.

J. Wand Hauptgeschäft:
Grosse Frankfurterstr. 116
2. Gesch.: Chausseestr. 89 (Bitte Haus-Nr. beachten!)
Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Passende Weihnachts-Geschenke!

in Uhren, Juwelen, Gold-, Silber-
und Alfenidewaren
empfehlen



Emil Quade,

Schöneberg, Hauptstr. 148.

Größtes und billigstes Spezialgeschäft Schönebergs.
Leiste für jede Uhr
3jährige schriftliche Garantie.

Zu Engrospreisen

kauft man direkt in einer Herrenkleiderfabrik Winterpaletots
und Anzüge wegen vorgerückter Saison und Umfang. Die Fabrik
hat sonst nur engros an bedeutende Herrenkleidungsgeschäfte
Berlins verkauft, daher diese direkte Bekanntmachung. Bei
schriftlichen Aufträgen unter A. 1 an die Haupt-Expedition des
"Vorwärts" wird Ihnen diese vorteilhafte Bezugshilfe umgehend
zugewiesen. — Auch über die Warenfertigung viele Anerkennungs-
schreiben vorhanden. — Beschäftigung leicht von Haus aus lohnend.
Rein Kaufmannsgang. 64800*

Allen Beteiligten, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung,
dass ich im Hause
Schönleinstr. 34 ein **Zigarrengeschäft**
eröffnet habe. Um gütigen Aufbruch bitte
Fritz Schwenke.

Pelzwaren!!!

119 Eile zu Weile 119
Dresdener Straße
Eckhaus Oranienplatz.
Hoabahn Kottbuser Tor.
Eigene Kürschnerei.

Echt Skunksstola
von 28.— M. an
Ohne Konkurrenz

Echt Herz-Stola
von 40.— M. an
Neueste Model!

**Echt Nerz-
murmelt-Stola**
von 18.— M. an
Schlager d. Saie.

Echt Tibet-Stola
von 7.80 M. an
Blusenhafte
Auswahl

Prima Felle
in all Fellearten
stets auf Lager.

Reparaturen
und
Umarbeitungen
schnell, gut, billig

Hervorragend billige Preise.

Portemonnaies
ff. Kalbleder
aus einem
Stück
mit
Goldtasche
1,45 Mark.

Album- und Lederwaren-Fabrik
Oskar Gundau
Oranienstr. 30, Eckhaus
Gr. Lager aller Arten Leder-
waren und Schmuckstücke
zu billigen Preisen

**Möbel-
Dessin**
C. Rosenthaler
Straße 39
Stadtbahnhof Börsen
Dorchesterstr.
arbeiten
bei Kalkmann

Um vielseitigen Wünschen Rechnung zu tragen,
werden die allgemein beliebten VERA-CIGARETTEN
sowohl auch mit Mundstück hergestellt.

JOSETTI VERA

m. Mundstück
CIGARETTEN

enthalten dieselbe köstliche Mischung wie Vera ohne
Mundstück, die stets bei allen urteilsfähigen Rauchern
in bestem Ruf gestanden.

Josetti-Vera m/M.
10 St. 30 Pfg.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.

Freitag, den 18. Dezember 1908, abends 6 Uhr, im großen Saale des
Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Richard Fabiel über: "Moderne Dampfwindel und Sicherung der Bau-
handwerker-Forderungen". 2. Bericht von der Baukontrollkommission. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen der Firmen Karman und Seibel sind hiermit ganz speziell eingeladen. Desgleichen auch
die Kollegen, welche bei der Firma H. Kromer, Bau Eidenstr. 17, arbeiten oder gearbeitet haben. 193/13
Alle Kollegen müssen erscheinen.
Der Vorstand.

Hygienische
Siederkessel, Neueste Katalog
Dr. Engel, v. d. A. & Co., Prof. grad. für
H. Vogel, Gummiwarenfabrik
Berlin NW, Friedrichstr. 91/92

Calmons Hanse

nach neuem Verfahren aus reinstem Gummi hergestellt

Gummischuhe

Daherpreis
für Damen M. 3.50
für Herren M. 4.50

sind leicht und schmiegsam und
besonders widerstandsfähig
Fordern Sie neues Musterbuch V

SALAMANDER

Schuhfabrik m. b. H. Berlin



Zentrale: W. S. Friedrichstr. 183
C. Königsz. 47
SW. Friedrichstr. 221
C. Rosenthalerstr. 1
W. Potsdamerstr. 5
NW. Wilanckerstr.
Ecke Turnstr. 9
W. Tauentzienstr. 16

Sporket's Weltstiefel

Einheitspreis 7.50 Mark

für
**Herren
und
Damen.**

Garantie für Haltbarkeit.

Direkter Fabrik-Verkauf

ohne jeden Zwischenhandel.

Verkaufsstellen:

- | | |
|---------------------------|-------------------------|
| Berlin: | Rixdorf: |
| 1. Prinzenstraße 79 | Bergstraße 135 |
| 2. Oranienstraße 184 | Weißensee: |
| 3. Wilsnacker Straße 19 | König - Chaussee 53 |
| 4. Badstraße 42/43 | Charlottenburg: |
| 5. Chausseestraße 77 | Wilmersdorfer Straße 52 |
| 6. Andreasstraße 46a | Schöneberg: |
| 7. Wrangelstraße 89 | Hauptstraße 153 |
| 8. Frankfurter Allee 137 | Spandau: |
| 9. Brunnenstraße 182 | Breite Straße 60 |
| 10. Turmstraße 51 | |
| 11. Schönhauser Allee 110 | |

Albert Sporket
Schuh-Fabriken, Burg bei Magdeburg.

Am 15. d. M. verstarb unser
geliebter Mann und Vater
Heinrich Noack.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 18. d. M., nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Thomas-Niederhofes, Hermann-
straße, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen
Rudolfer Str. 12.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
(Schöneberger Viertel. Bezirk 194.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Galtwirt
Heinrich Noack
gestorben ist. 223/9
Seine Hinterbliebenen!
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 18. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Niederhofes in
Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verein
der Bildhauer Deutschlands.
(Verwaltung Berlin.)
Unsern Mitgliedern die be-
träübende Nachricht, dass am Dinstag,
den 18. Dezember, unser
alter, treuer Kollege
Heinrich Noack
im Alter von 60 Jahren ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 18. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Niederhofes in
Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Müßige Beteiligung erwartet
20/15
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Arbeiter
Fritz Haag
am 14. Dezember an Lungens-
leiden gestorben ist.
Seine Hinterbliebenen!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, 17. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakob-Niederhofes
in Rixdorf, Hermannstraße, aus
statt.
Rege Beteiligung erwartet
126/5
Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 14. Dezember,
abends 10 Uhr, verschied nach
schwerem Leiden mein lieber Mann,
unser guter Vater, Groß- und
Schwiegervater
August Stewien.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 18. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause
Gandstr. 19 aus statt.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
Vaters spreche ich hiermit allen
meinen besten Dank aus.
Hans Marie Schwarz,
1898
Königsstr. 47.

Dankagung.
Für die innige Teilnahme und ge-
reichen Kranzgespenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters, sagen wir
allen Verwandten und Bekannten,
insbesondere dem 4. Wahlkreis und
dem Zentralverband der Maurer
unseren herzlichsten Dank.
Witwe Schulze nebst Kindern.

Reste!
Damaststoffe, schwarz und farbig.
Costumes-Stoffe (neueste Muster,
zu jeder Saison), Astrachan,
Krimmer, Wollschaf, Seidenplüsch,
Velours du Nord, Sammet, Seide,
Velvet etc. 4147/14

Confektion
Paletots, Jackots, Costumes und
Costumes-Röcke in großer Auswahl
C. Pelz, Kottbuser
Straße 5.
Spezial-Werkstatt für
Stühlebeledern und
Klub-Fantenilß
überst. Stühle, passend für 1908
Weihnachts-Geschenke.
Drechsel, Krause & Co.,
Stollbergstr. 33. Telefon. Amt IV 9950.

Juwelenhaus Zimmermann & Co.

::: Berlin SO. ::: **Oranienstraße** Nähe Hochbahnhof

Empfehlen zu streng realen, anerkannt billigen Preisen ihr großes Lager

in **Juwelen, Uhren und Goldwaren,** Oranienstr. 206

in **Wand- und Stand-Uhren,** Oranienstr. 204

in **Silber- und Alfenidewaren,** Oranienstr. 207

Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparatur im Hause.

